

**Parlamentssitzung vom 11.11.2024**

**Protokoll**

Schloss Köniz, Rosstall  
19:00 – 21:30 Uhr

**Vorsitz**

Arlette Mürger (SP Frauen), Parlamentspräsidentin

**Parlamentsbüro**

Casimir von Arx (GLP), 1. Vizepräsident  
Christine Müller (Grüne), 2. Vizepräsidentin  
Selin Lopez (FDP), Stimmzählerin  
Reto Zbinden (SVP), Stimmzähler

**Mitglieder des Parlaments**

Franziska Adam (SP Frauen)  
Christina Aebischer (Grüne)  
Roland Akeret (GLP)  
Géraldine Bösch (SP Frauen)  
Corina Burren (parteilos, Sitz der SVP)  
Bülent Celik (SP Männer)  
Heidi Eberhard (FDP)  
Lukas Erni (Grüne)  
Mayra Faccio (JUSO)  
Dominik Fischli (Grüne)  
Rahel Gall (SP Frauen)  
Sara Cristina Gasser (Junge Grüne)  
Kathrin Gilgen (SVP)  
Janka Hamm (SP Frauen)  
Andreas Hauser (GLP)  
Roland Hofer (SVP)

Laura Hoffman (Junge Grüne)  
Mark Kobel (FDP)  
Fabienne Marti (GLP)  
Jürg Mosimann (Die Mitte)  
David Müller (Grüne)  
Matthias Müller (EVP)  
Urs Mumenthaler (SP Männer)  
Brigitte Rohrbach (SP Frauen)  
Tatjana Rothenbühler (FDP)  
Sandra Röthlisberger (GLP)  
Ronald Sonderegger (FDP)  
Katja Streiff (EVP)  
Roger Tanner (GLP)  
Monika Röthlisberger (Grüne)  
Andrea Winzenried (SVP)

**Gemeinderat**

Tanja Bauer (SP), Gemeindepräsidentin  
Hansueli Pestalozzi (Grüne), Vizegemeindepräsident  
Christian Burren (SVP), Gemeinderat

**Fachstelle Parlament**

Chantal Fuchs

**Protokoll**

Ursula Wüst

**Entschuldigt**

Dominic Amacher (FDP)  
Florian Moser (SVP)  
Toni Eder (Die Mitte)  
Isabelle Steiner (SP Frauen)

PAR 2024/100

## Traktandenliste und Mitteilungen

1. **Traktandenliste und Mitteilungen**  
Beschluss
2. **Reglement für die Geschäftsprüfungskommission, Totalrevision und Änderung des Geschäftsreglements des Parlaments**  
Beschluss; Geschäftsprüfungskommission
3. **Kreditabrechnungen**  
Kenntnisnahme; Direktion Präsidiales und Finanzen
4. **Rappentöri; Revitalisierung Sulgenbach, Realisierung**  
Kredit; Direktion Umwelt und Betriebe
5. **Wangental Renaturierung Reinhardere-, Bockli-, Studweidbach, Sanierung Freiburgstrasse**  
Kredit; Direktion Umwelt und Betriebe
6. **Regionales Veloverleihsystem 2026 bis 2033 - Betrieb und Infrastruktur**  
Kredit; Direktion Planung und Verkehr
7. **Verschiedenes**  
Kenntnisnahme

**Parlamentspräsidentin Arlette Münger:** Ich begrüsse euch alle ganz herzlich zur Parlamentssitzung vom 11. November 2024. Ich möchte zu Beginn dieser Sitzung nochmals daran erinnern, dass wir hier zusammen für unser Köniz arbeiten und ich bitte euch, euch daran zu halten. Besonders der parlamentarische Anstand ist zu wahren. Vielen Dank.

Dann möchte ich euch zu Folgendem in Kenntnis setzen: Mich haben seit der letzten Sitzung drei Briefe erreicht, welche alle von der Sitzung vom 4. November handeln. Ein Brief von Casimir von Arx an das Parlament, ein Brief des Gesamtgemeinderates an das Parlament und einen Brief der Geschäftsleitung der SP Köniz an mich als Parlamentspräsidentin, mit der Bitte, den Inhalt im Parlamentsbüro zu behandeln. Wir werden euch die zwei Briefe, welche an das Parlament adressiert sind, wie es bisher gängige Praxis war, nach der Parlamentssitzung per Mail zukommen lassen. Im Weiteren wird das Parlamentsbüro an seiner nächsten Sitzung den dritten Brief behandeln und sich mit dieser Thematik auseinandersetzen. Wir werden euch zu gegebener Zeit über den weiteren Verlauf informieren, nachdem wir uns mit dem Inhalt des Briefes auseinandersetzen konnten. Ich danke für die Kenntnisnahme.

Zu den Entschuldigungen: Vom Parlament entschuldigt sind Dominic Amacher, Florian Moser, Isabelle Steiner und Toni Eder. Es sind 35 Parlamentsmitglieder anwesend, das Parlament ist beschlussfähig.

Wir kommen zu Traktandum 1, zur Traktandenliste: Es liegt ein Ordnungsantrag von Gemeinderat Christian Burren vor, die Beratung des Traktandums "Regionales Veloverleihsystem 2026-2033 – Betrieb und Infrastruktur" nach dem Traktandum "Wangental Renaturierung" zu verschieben. Gibt es Einwände gegen diese Verschiebung? Dies ist nicht der Fall. Gibt es weitere Anträge zur Traktandenliste?

## Beschluss

Die Traktandenliste wird mit der beantragten Verschiebung genehmigt.  
(Abstimmung: einstimmige Zustimmung)

PAR 2024/101

## Reglement für die Geschäftsprüfungskommission, Totalrevision und Änderung des Geschäftsreglements des Parlaments

Beschluss; Geschäftsprüfungskommission

### Ausgangslage

Seit dem Erlass des Reglements der Geschäftsprüfungskommission am 18.8.2008 hat sich die Rolle der GPK als Aufsichtsorgan spürbar gewandelt. Die Aufgaben der GPK sind heute komplexer und anspruchsvoller. Das geltende Reglement bildet die heutige Situation ungenügend ab. Aufgrund dieser Tatsache hat die GPK zusammen mit einer juristischen Fachperson eine Auslegeordnung vorgenommen und Handlungsfelder mit möglichem Diskussions- bzw. Anpassungsbedarf zu Händen des Parlaments identifiziert. Das Parlament hat an seiner Sitzung vom 28. August 2023 die GPK beauftragt, das Reglement für die Geschäftsprüfungskommission einer generellen Überprüfung zu unterziehen und dem Parlament das Ergebnis der Überprüfung mit allfälligen Anträgen für Reglementsänderungen zu unterbreiten. Das Parlament hat den Auftrag ausdrücklich auf das GPK-Reglement eingeschränkt und die Gemeindeordnung von der Überarbeitung ausgenommen<sup>1</sup>.

### Ziele der Revision

Das Ziel der Revision bestand darin, die von der GPK identifizierten Handlungsfelder sowie weitere Themen zu reflektieren und ergebnisoffen zu diskutieren. Dabei sollten keine unnötigen bzw. starren Regelungsvorgaben geschaffen werden. Der Gemeinderat und die Fraktionen wurden in den Revisions-Prozess eng einbezogen werden.

### Vorgehen

Die GPK hat den Prozess mit einer rollenden Projektplanung gestaltet. Sie hat diese laufend überprüft und bei Bedarf angepasst. Sie ging wie folgt vor:

1	<b>Auftrag Parlament</b>	November 2022 – August 2023	21.8.2023 Beschluss Parlament
2	<b>Revision Reglement</b>	Oktober 2023 - xy	
	Reglementsentwurf 1. Lesung	GPK 8.1.2024	GPK
	Vernehmlassung Fraktionen und Gemeinderat	15.1. – 28.3.2024	Fraktionen und Gemeinderat
	Stellungnahme zu Eingaben der Vernehmlassung und Überarbeitung Reglement	Workshop 27.5.2024	GPK
	Reglementsentwurf 2. Lesung und Entwurf Parlamentsantrag	GPK 24.6.2024	GPK
	Stellungnahme GR zum Parlamentsantrag	15.8.2024	Gemeinderat
	Antrag finalisiert mit Reglementsentwurf	GPK 9.9.2024	GPK
3	<b>Beschluss</b>	4.11.2024	Parlament

<sup>1</sup> Parlamentssitzung 28.8.2024, Beschluss zum Abänderungsantrag SVP

## Handlungsfelder

Im Folgenden wird aufgezeigt, wie die von der GPK definierten und vom Parlament am 28.8.2023 diskutierten Handlungsfeldern im vorliegenden Reglementsentwurf abgebildet werden.

### 4. 1. Inhaltliche Themen / Aufgaben und Zuständigkeiten der GPK

#### *Geschäftsprüfung, Begutachtung von Parlamentsgeschäften*

Ein Ziel der Überarbeitung war es, die beiden Kernaufgaben der GPK, also die Geschäftsprüfung und insbesondere die Aufgabe "Begutachtung von Parlamentsgeschäften" sowie die "Aufsichtstätigkeit" näher zu definieren. Im vorliegenden Entwurf wird der gesamte Geschäftsprüfungsprozess vom Prüfungsauftrag (Art. 10) bis zu den Grundlagen der Prüfung (Art. 11) inklusive der Bestimmungen zur Akteneinsicht umfassender und strukturierter abgebildet.

#### *Pilot Hoch-/Tiefbau-Geschäfte*

Die Möglichkeit der "begleitenden Aufsicht" bei Geschäften von grosser Tragweite im Rahmen von mehreren Lesungen wird im Reglementsentwurf in Art. 10 Abs. 4 abgebildet. Der Gemeinderat entscheidet im Einzelfall, ob er von dieser Möglichkeit Gebrauch machen will. Dies entspricht der bisherigen Praxis.

#### *Verwaltungsaufsicht, Oberaufsicht / Aufsicht über dezentrale Verwaltungseinheiten / externe Leistungserbringer, welche im Auftrag der Gemeinde Aufgaben erfüllen*

Die GPK hat sich mit der Frage beschäftigt, wie die Aufsichtstätigkeit der GPK im Reglement klarer umschrieben werden soll. Sie hat sich darauf verständigt, dass die Aufsichtspflicht der GPK gemäss Art. 39 der Gemeindeordnung zu verstehen ist und dass der exakte Wortlaut der Gemeindeordnung übernommen werden soll.

Im Reglementsentwurf wird der Umfang der Aufsichtstätigkeit (Art. 11) sowie die weiteren Möglichkeiten der GPK in Bezug auf Einsichtsrechte, Befragungen von Mitarbeitenden der Verwaltung und rechtliche Befugnisse der Kommission klar definiert (Art. 12).

#### *Jahresbericht / Verwaltungsbericht*

Inwiefern mit der bisherigen Art und Durchführung des Verwaltungsberichts eine effektive, sachgerechte Prüfung der Verwaltungstätigkeit erreicht werden kann, lässt der Reglementsentwurf bewusst offen. Eine allfällige Änderung der bisherigen Praxis liegt neu im Ermessen der GPK.

#### *Akteneinsicht*

Im vorliegenden Reglementsentwurf werden sämtliche Informationsmöglichkeiten, die der GPK im Rahmen der Geschäftsprüfung (Art. 11 Abs 3) oder für die Aufsichtstätigkeit (Art. 13 Abs. 1) zur Verfügung stehen, aufgelistet und Ausnahmen benennt.

#### *Untersuchungen*

Das aktuell gültige Reglement enthält keine zusammenhängende Regelung in Bezug auf das Vorgehen bei besonderen Untersuchungen bei Vorkommnissen von grosser Tragweite. Die GPK schlägt vor, diese Lücke mit dem Kapitel 5 (Besondere Untersuchungen, Art. 16 und 17) des vorliegenden Entwurfs zu schliessen. Gerade die Regelung, wer der GPK einen Auftrag erteilen kann, wie die Auftragserteilung an die GPK zu erfolgen hat und welche Rechte und Möglichkeiten der GPK und Gemeinderat im Rahmen der Untersuchungen zur Verfügung stehen, schafft die nötige Klarheit.

#### *Finanzkompetenz der GPK*

In Art. 9 Abs. 2 des Reglementsentwurfs ist die Ausgabenzuständigkeit der GPK, die sich aus der Sachzuständigkeit für den Beizug von Externen ableitet, erstmals ausdrücklich festgehalten.

## 4.2. Organisatorische und strukturelle Themen

### *Mitgliederzahl*

In Art. 3 des neuen GPK-Reglements wird die Mitgliederzahl sowie die Zusammensetzung der Kommission aus Gründen der Benutzerfreundlichkeit explizit festgehalten. Das Parlament hat am 28.8.2023 beschlossen, dass die Frage der Anzahl der Kommissionsmitglieder nicht Teil der Revision darstellen soll, bzw. eine damit verbundene Änderung der Gemeindeordnung nicht erwünscht ist. Mit Art. 3 Abs. 4 wird die Bestimmung ins Reglement aufgenommen, nach der eine GPK-Mitgliedschaft eine gleichzeitige Mitgliedschaft im Parlamentsbüro (Präsidium, Vizepräsidium) oder in der Finanzkommission ausschliesst. Darüber hinaus enthält der Reglementsentwurf erstmals eine Regelung betreffend die Amtsdauer und Amtszeitbeschränkung des Präsidiums (Art. 4 Abs. 4). In der Vernehmlassung standen drei Varianten zur Auswahl. Eine deutliche Mehrheit der Fraktionen (4 von 5) und der Gemeinderat sprachen sich für die Beibehaltung der bisherigen Regelung aus: max. eine Amtsdauer.

### *Ausschüsse*

Sowohl das geltende Reglement als auch der Reglementsentwurf regelt nicht näher, wie sich die GPK für ihre Tätigkeiten zu organisieren hat. Gemäss Art. 5 des Entwurfs kann die GPK für Prüf- und Kontrolltätigkeiten entweder Ausschüsse bilden oder wie bisher, einzelne Mitglieder, also Referent:innen damit beauftragen, sich einem Geschäft oder einem Thema zu widmen.

### *Präsidium der GPK*

Die Befugnisse des GPK-Präsidiums bleiben unverändert. Die GPK kann Instrumente und Abläufe festlegen und bei Bedarf Ausführungsbestimmungen erlassen (Art. 8).

### *GPK-Sitzungen, Teilnahme Parlamentspräsidium*

Der Einsitz des Parlamentspräsidiums an den GPK-Sitzungen ist neu in Art. 22 – analog Reglement der Finanzkommission (gemäss Parlamentsbeschluss vom 17.1.2022) – klar geregelt.

### *Organisation und Geschäftsgang GPK*

Die GPK kann sich bezüglich der Art und Weise, wie sie die Geschäftsprüfung und die Oberaufsicht wahrnimmt, weitgehend selbst organisieren. Wichtig dabei ist insbesondere die Einheitlichkeit der von ihr festgelegten Regeln. Diese müssen konsistent, kontinuierlich und vergleichbar sein. Die GPK kann dazu Ausführungsbestimmungen erlassen. Zur Frage in der Vernehmlassung, welche Mittel der Kommission zur Verfügung stehen, wenn ein Geschäft wesentliche sachliche Mängel aufweist, äusserte sich eine Mehrheit der Fraktionen (3 von 5) und der Gemeinderat für Variante 2 (Antrag an Parlament auf Verschiebung des Geschäfts). Eine Fraktion lehnte beide Varianten ab.

### *Unabhängigkeit des GPK-Sekretariats*

Die Unabhängigkeit der Fachstelle und deren Antragsrecht ist grundsätzlich im Geschäftsreglements des Parlaments in Art.19 Abs.3 festgehalten. Das Recht der Fachstellenleitung wird im Reglementsentwurf (Art. 18 Abs. 2) und in den Erläuterungen präzisiert.

### *Kommissionsgeheimnis (neues Handlungsfeld)*

Die Handhabung des Kommissionsgeheimnisses lehnt sich an Art. 11 Abs. 3 des kant. Informations- und Medienförderungsgesetz an und ist in Art. 7 des Reglementsentwurfs neu aufgenommen worden. Die Regelung wird in allen ständigen und nichtständigen Kommissionen sowie im Parlamentsbüro analog praktiziert.

## **Inkrafttreten**

Das neue Reglement tritt am 1. Januar 2025 in Kraft.

## Finanzen

Für die juristische Begleitung der Reglementsrevision hat die GPK Herrn Jürg Wichtermann, Recht & Governance, als externe Fachperson beigezogen. Die GPK hat einen Kredit von CHF 17'000 als Kostendach bewilligt.

## Vernehmlassung 15.1. – 28.3.2024

Die GPK hat am 8.1.2024 eine erste Version des Reglementsentwurfs verabschiedet und die Fraktionen sowie den Gemeinderat zur Stellungnahme eingeladen. Eine Übersicht über die einzelnen Eingaben findet sich in der Beilage 3. Die GPK hat die Eingaben in einem Workshop einzeln diskutiert und ihren Standpunkt dazu beschlossen (Beilage 4).

## Einbezug und Stellungnahme Gemeinderat

Da sich der Gemeinderat zur geplanten Reglementsrevision von Anfang an kritisch geäussert hat, lud die GPK ihn ein, eine Vertretung in die vorbereitende Projektgruppe zu delegieren. Der Gemeinderat verzichtete auf dieses Angebot.

Die GPK hat den Gemeinderat in der Vernehmlassung zum Reglementsentwurf (vgl. Kapitel 7) zur Stellungnahme eingeladen. Der Gemeinderat hat davon Gebrauch gemacht und seine Stellungnahme den Fraktionen vor Ablauf der Vernehmlassungsfrist zukommen lassen.

Zur finalen Vorlage hat sich der Gemeinderat am 15.8.2024 nochmals eingebracht (Beilage 5).

Die Replik zur Stellungnahme des Gemeinderats hat die Geschäftsprüfungskommission am 9.9.2024 verabschiedet (Beilage 6).

## Antrag

Die Geschäftsprüfungskommission beantragt dem Parlament, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Das Parlament stimmt dem Entwurf des Reglements für die Geschäftsprüfungskommission zu.
2. Das Parlament stimmt der Änderung des Geschäftsreglements des Parlaments gemäss Entwurf zu.
3. Das Reglement für die Geschäftsprüfungskommission und die Änderung des Geschäftsreglements treten am 1.1.2025 in Kraft.

Köniz, 9.9.2024

Die Geschäftsprüfungskommission

## Beilagen

- 1) Parlamentsbeschluss vom 28.8.2023 (Auftrag an GPK)
- 2) Entwurf Reglement für die Geschäftsprüfungskommission und Entwurf Änderung des Geschäftsreglements des Parlaments
- 3) Vernehmlassung: Übersicht Eingaben der Fraktionen und des Gemeinderats
- 4) Vernehmlassung: Stellungnahme GPK zu den Eingaben
- 5) Stellungnahme Gemeinderat vom 15.8.2024
- 6) Replik der GPK auf Stellungnahme GR vom 9.9.2024

## Diskussion

### Allgemeine Diskussion zur Vorlage

**Fraktionssprecherin SP/JUSO, Géraldine Boesch, SP Frauen:** Die SP/JUSO-Fraktion dankt der GPK, der Fachstelle Parlament, dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Erarbeitung der vorliegenden Unterlagen: Es wurde viel und gut gearbeitet.

Um es gleich vorweg zu schicken: Wir von der SP/JUSO-Fraktion werden dem totalrevidierten GPK-Reglement und den Änderungen im Geschäftsreglement des Parlaments mehrheitlich zustimmen.

Das mag einige erstaunen, die sich an die Sitzung vom 28. August 2023 erinnern, in der wir uns mehrheitlich gegen eine generelle Überprüfung des GPK-Reglements ausgesprochen haben. Die SP/JUSO-Fraktion hat schon damals anerkannt, dass nach 15 Jahren eine Überprüfung der Aufgaben und Funktionen notwendig ist, insbesondere angesichts der zunehmenden Belastung der GPK. Aber die Frage die sich für uns gestellt hat, war: Ändert man angesichts dieses Problems das Reglement oder die Praxis? Die Lösung sehen wir noch immer nicht in einer Totalrevision, wo möglichst jede einzelne Aufgaben und Funktion detailliert festgeschrieben und somit auch zementiert wird. Wir sind nach wie vor der Ansicht, dass eine Praxisänderung durch interne Richtlinien der GPK Spielraum für mehr Flexibilität und Pragmatismus ermöglichen würde. Falls das GPK-Reglement so beschlossen wird, wird in Zukunft auch jede Praxisänderung via Reglementsänderung beschlossen werden müssen und das generiert Aufwand und Kosten.

Da das Parlament am 28. August 2023 aber nun mal den Auftrag zur generellen Überprüfung erteilt hat, sehen wir es als unsere Aufgabe an, zu beurteilen, ob der vom Parlament erteilte Auftrag von der GPK erfüllt wurde. Das ist hier der Fall. Jedoch möchten wir darauf hinweisen, dass mehrfach in der Vernehmlassung geäußert wurde, dass die Regelungen des GPK-Reglements nicht über jene der Gemeindeordnung hinausgehen sollen. Auch der Gemeinderat identifiziert in seiner Stellungnahme mehrere Stellen, die einen potenziellen Konflikt zwischen Gemeindeordnung und GPK-Reglement beinhalten. Die GPK winkt in ihrer Antwort jedoch ab: Es bleibt uns zu hoffen, dass die Einschätzung der GPK zutrifft und dass durch diese Totalrevision des GPK-Reglements keine juristischen Probleme erwachsen.

**Fraktionssprecher EVP-GLP-Mitte, Andreas Hauser, GLP:** Ich halte dieses Votum anstelle von Roland Akeret, welcher leider verspätet eintrifft. Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion dankt der Geschäftsprüfungskommission und der Fachstelle Parlament für die Erarbeitung des vorliegenden Entwurfs für die Totalrevision des GPK-Reglements. In den Dank eingeschlossen ist auch Verena Remund, die ehemalige Leiterin der Fachstelle Parlament, die das Geschäft bis zu ihrer Pensionierung betreute.

Wir müssen uns hier bewusst sein, dass die GPK ein Organ ist, das für das gute Funktionieren des Parlaments zentral ist. Als rechtliche Basis für ihre Arbeit dient der GPK namentlich ein Reglement aus dem Jahr 2008. Seither sind auch die Aufgaben der GPK komplexer und anspruchsvoller geworden. Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion ist der Meinung, dass das aktuelle Reglement aus dem Jahr 2008 den heutigen Anforderungen nicht mehr entspricht – es muss dringend abgelöst werden.

Ich verzichte darauf, einzelne Punkte herauszustreichen. Der uns vorgelegte Vorschlag ist zielführend und in sich stimmig. Das neue Reglement schärft und klärt gut verständlich die Aufgaben, Rollen und Kompetenzen der GPK und von denjenigen Organen, die mit ihr zusammenarbeiten.

Auch für uns ist es wichtig, dass an der Kompetenzabgrenzung zwischen Gemeinderat und GPK bzw. zwischen Parlament und GPK grundsätzlich nichts verändert wurde. Im Vorschlag wurde diesbezüglich die heute gelebte Praxis abgebildet.

Aus Sicht der EVP-GLP-Mitte-Fraktion steht der GPK mit dem hier zum Beschluss vorliegenden neuen Reglement ein zeitgemässes, flexibles und zukunftsgerichtetes Instrument zur Verfügung. Sie wird allen Anträgen der Geschäftsprüfungskommission zustimmen.

**Parlamentspräsidentin Arlette Münger:** Ich möchte mich noch kurz korrigieren, es sind 34 Parlamentsmitglieder anwesend, Roland Akeret kommt verspätet.

**Fraktionssprecherin Grüne/Junge Grüne, Monika Röthlisberger, Grüne:** Im August 2023 als das Parlament den Auftrag zur Revision des GPK-Reglements erteilt hat, war es den Grünen/Jungen Grünen wichtig, dass das Reglement überprüft und wenn nötig angepasst wird, dass die Rolle der GPK geschärft und geklärt wird, da diese im Parlament immer wieder zu Diskussionen geführt hat, und dass die GPK die nötige Ressourcen erhält, um komplexe, wichtige und kritische Geschäfte – vor allem Bauprojekte – gut aktiv zu begleiten. Und dass sie bei Krisen – Stichwort: Musikschule – die nötigen Kapazitäten hat.

Die Grünen/Jungen Grünen haben es geschätzt, dass sie zum ersten Entwurf Stellung nehmen durften und dass die GPK die allermeisten Punkte, welche wir eingebracht haben, in die Regelungen aufnehmen konnte. Wir begrüßen es, dass die besonderen Untersuchungen und der Umgang mit Informationen genauer geregelt sind und dass man in Zukunft nicht gleichzeitig in der GPK und im Parlamentsbüro oder in einer ständigen Kommission sein kann. Wir finden es gut, dass Art. 2 klärt, wie die Aufsicht der GPK über den Gemeinderat und die Oberaufsicht über die Verwaltung und externe Trägerschaften von Gemeindeaufgaben zu verstehen sind. Wir finden zudem, dass die neue Kommissionsmotion ein gutes Instrument ist, zum Beispiel um gerade Anliegen vorwärts zu bringen, welche nötig, aber nicht attraktiv sind, und wo sich die Parteien vielleicht lieber nicht die Finger daran verbrennen wollen.

Die Grünen/Jungen Grünen sind aber weiterhin der Ansicht, dass man die GPK breiter hätte evaluieren sollen. Dass man bei anderen Gemeinden hätte schauen können und auch offen neue Strukturen und allenfalls weitere Kommissionen oder eine Stärkung des Parlamentssekretariats hätte prüfen sollen, dies mit dem Ziel, die Qualität, die Relevanz und die Wirkung ihrer Arbeit zu verbessern und ihre Arbeitslast zu reduzieren – wir haben es bereits gehört.

Wir haben nicht den Eindruck, dass die GPK, wie sie jetzt im Reglement definiert ist, besser an die Kapazitäten der Milizpolitiker:innen angepasst wäre, als früher. Zudem denken wir, dass es nötig wäre, den Umgang mit Informationen – sei es beim Kommissionsgeheimnis oder im Rahmen der Aufsichtstätigkeit – differenzierter zu beschreiben, als dies jetzt der Fall ist. Wir haben uns überlegt, hierzu einen Antrag zu stellen, haben dann aber bei der Ausarbeitung gemerkt, dass es sehr schwierig ist, an einzelnen Artikeln zu schrauben, da dies dann in anderen Artikeln wieder Fragen und Widersprüche aufgeworfen hätte. Wir vertrauen darum darauf, dass die GPK hier in der Praxis einen guten Weg findet und ich werde dies in der Kommission im konkreten Fall jeweils auch thematisieren.

Die Grünen/Jungen Grünen stimmen den drei Anträgen der GPK zu und danken allen Beteiligten, welche mitgearbeitet haben, für ihr Engagement.

**Fraktionssprecherin FDP, Selin Lopez:** Als erstes merci, merci und nochmals merci. Wir haben eine Vorlage, von welcher wir finden, mit dieser können wir sehr gut umgehen. Vor einem Jahr ging es darum, soll man es anpassen? Ja, nein? Und wir waren der Meinung, die Aufgaben der GPK haben sich so stark verändert, wir wollen dies jetzt auch einmal super-gut schriftlich festgehalten haben, was eigentlich die Kompetenzen und Aufgaben sind und wer für was zuständig ist. Wir haben damals den Mahnfinger erhoben, da wir doch noch etwas kritisch waren, weil wir dachten, die GPK passt ihr eigenes Reglement an - doch sie haben es gut gemacht, das können wir unter dem Strich sagen. Wir sind zufrieden damit und in diesem Sinne merci und ein Lob, dass dies so erstellt wurde, wie es jetzt hier vorliegt.

Und noch ein zweiter Punkt, welchen ich hervorheben möchte: Vor einem Jahr haben wir gesagt, die Gewaltentrennung und die Gewaltenteilung insbesondere ist uns immer noch sehr wichtig und wir finden die Vorlage, wie sie jetzt hier vorliegt, mit diesem Reglement, diese ist sehr klar ausgearbeitet und wir freuen uns, dass das Parlament hier eine so gute Vorlage erhalten hat. Wir unterstützen das als FDP. Die Liberalen und zwar sämtliche Abänderungen und entsprechend die Vorlage, welche hier vorliegt.

**Parlamentspräsidentin Arlette Münger:** Ich begrüße auch Gemeinderat Christian Burren an der Parlamentssitzung.

**Fraktionssprecherin SVP, Kathrin Gilgen:** Grundsätzlich ist es eine Stärkung des Parlaments, welche auch im Sinn der Parlamentarierinnen und Parlamentarier ist und wenn ein Reglement angepasst oder wie hier sogar neu erarbeitet wurde, sollten alle Aufgaben klar definiert und angepasst werden, da in den letzten 16 Jahren, seit dem Erlass des geltenden Reglements, auch spürbare Veränderungen und anspruchsvollere Aufgaben auf die Geschäftsprüfungskommission zugekommen sind.

Aus unserer Sicht hätten Anpassungen und Ergänzungen zum alten Reglement ausgereicht und es wäre keine Totalrevision nötig gewesen. Diese wurde nun aber erarbeitet und liegt vor.



Aus unserer Sicht sind folgende Punkte relevant: Die Gewaltentrennung ist einzuhalten, die Kompetenzregelung ist klar definiert und es ist nicht nötig, dass ins operative Geschäft des Gemeinderats eingegriffen werden kann. Deshalb hat sich die SVP-Fraktion an der Parlamentssitzung vom 28. August 2023 auch gegen gewisse Anpassungen gewehrt, welche eine Änderung der Gemeindeordnung zur Folge gehabt hätten.

Die SVP-Fraktion dankt der GPK für ihre geleistete Arbeit und für die Einladung zur Stellungnahme im Laufe der Erarbeitung im letzten Jahr. Bei der Möglichkeit der Stellungnahme, konnte festgestellt werden, dass der Gemeinderat, wie auch die Fraktionen doch in diversen Punkten nicht gleicher Auffassung waren. Es wurden Sachen beanstandet, welche besonders aus der Sicht des Gemeinderates eine Änderung der Gemeindeordnung bedingen würden.

Die GPK wurde bei dieser Reglementserneuerung durch Herrn Wichtermann von Recht & Governance als Fachperson begleitet. Scheinbar gibt es Differenzen bei der Rechtsauffassung von gewissen Punkten zwischen dem Gemeinderat – hier die Fachstelle Recht der Gemeinde Köniz - und der Fachbegleitung der GPK. Dies ist für die SVP-Fraktion keine einfache Situation und unsere GPK-Vertretung hätte es begrüsst, wenn bei der Diskussion der Differenzen in der GPK, beide Seiten hätten angehört werden können. Rechtsauslegung ist keine einfache Sache und es ist für Laien unmöglich, jeweils den Durchblick zu behalten bzw. festzustellen, welche Seite nun wirklich recht hat. Wir sind nun halt "im Zweifel für den Angeklagten" und stimmen den Anträgen der GPK grossmehrheitlich zu.

**Präsidentin Geschäftsprüfungskommission, Heidi Eberhard, FDP:** Vielen Dank für die gute Aufnahme, welche ich bis jetzt gehört habe, für die zustimmenden Voten und auch für die konstruktive Kritik. In Sachen Vergleich mit anderen Gemeinden, da hätte man allenfalls etwas machen können. Wir sollten keine juristischen Probleme haben, wir haben einen Juristen beigezogen und die Gewaltentrennung und die Kompetenzenregelung ist wie bisher. Die Gewaltentrennung wird eingehalten. Dies meine Reaktion zu den Voten, welche ich bisher gehört habe.

Ich sage trotzdem nochmals besten Dank der Fachstelle Parlament für die Aufarbeitung der Unterlagen zu diesem vorliegenden Geschäft. In meiner Funktion als Präsidentin der GPK vertrete ich dieses heute Abend. Den ausführlichen Unterlagen konntet ihr ja bereits die Chronologie und die Arbeiten bis zum heute vorliegenden Entwurf des Reglements der GPK entnehmen. Das aktuelle GPK-Reglement stammt vom August 2008. Dieses gibt die heutigen Aufgaben ungenügend wieder und musste deswegen revidiert werden. Im November 2022 bis 21. August 2023 hat die GPK, resp. vorerst ein Ausschuss der GPK, zusammen mit Herrn Dr. Wichtermann von Recht & Governance eine Auslegeordnung vorgenommen und die Handlungsfelder mit Diskussions- und Anpassungsbedarf zu Händen des Parlaments aufgelistet. Wie wir auch bereits gehört haben, wurde am 28. August 2023 die GPK mit einer generellen Überprüfung des Reglements der Geschäftsprüfungskommission durch das Parlament beauftragt. Dies mit der Auflage, keine Anpassungen in der Gemeindeordnung vorzunehmen. Alle Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission und die beigezogene juristische Fachperson, haben sich an die Arbeit gemacht. Vielen Dank an alle, welche daran beteiligt waren.

Wesentliche Ergänzungen im neu vorliegenden Geschäftsreglement sind unter anderem die folgenden Artikel:

- Art 2, Aufgaben: Die GPK kann als Sonderkommission eingesetzt werden, so wie dies zum Teil auch heute mit Auftrag des Parlaments bereits erfolgt ist. Beispielsweise beim Energieversorgungsreglement, bei welchem die GPK anstelle einer Spezialkommission begleitet hat. Das sehen wir im heutigen Reglement beim Prüfungsauftrag, Art. 10.
- Art. 3, Abs. 4 enthält auch die Bestimmung, dass eine GPK-Mitgliedschaft nicht mit dem gleichzeitigen Einsitz im Präsidium oder Vizepräsidium des Parlamentsbüros oder in der Finanzkommission vereinbar ist.
- Art. 9, Abs. 2 sieht neu vor, dass die GPK über eine eigene Ausgabenzuständigkeit von CHF 20'000 im Einzelfall verfügt, wenn sie externe Aufträge vergibt. Bisher wurde dies aus der Sachzuständigkeit der GPK abgeleitet und ist im Rahmen des Ratskredites passiert.
- Prüfungsauftrag in Art. 10: Das Parlament kann bei Bedarf eine besondere Kommission zur Prüfung von Geschäften einsetzen. Gewisse Geschäfte können generell einer bestimmten Kommission, wie zum Beispiel der Finanzkommission zugewiesen werden. Die GPK prüft die Geschäfte vor, welche dem Parlament durch den Gemeinderat unterbreitet werden.
- Art. 10, Abs. 4: Auf Einladung und auf Veranlassung durch den Gemeinderat, begleitet die GPK Geschäfte von besonderer Tragweite bereits vor der Verarbeitung und Beschlussfassung des Parlaments oder im Nachgang dazu, während der Umsetzung.

- Art. 15, Abs. 1: Erachtet das Parlament dies als notwendig, kann es der GPK weitere Aufträge erteilen bspw. die Erarbeitung einer parlamentarischen Initiative oder einer Revisionsvorlage.
- Art. 15, Abs. 2: Die GPK als ständige Kommission kann sich vom Parlament beauftragen lassen, ein bestimmtes Vorhaben zu behandeln, welches ausserhalb ihres Kernaufgabenbereichs liegt. Dazu gehören besondere Untersuchungen gemäss Art. 16, Abs. 1 des neuen GPK-Reglements, anstelle des Einsatzes einer nichtständigen Kommission. Gestützt auf Art. 16 und 17, kann das Parlament aber auch die GPK für eine solche Untersuchung einsetzen. Das war auch bis jetzt möglich, jetzt ist dies aber festgehalten.
- Art. 16, Abs. 1, Auftrag: Das Parlament kann die Geschäftsprüfungskommission bei Vorkommnissen von grosser Tragweite beauftragen, bestimmte Sachverhalte zu untersuchen.
- Art. 16, Abs. 2: Das Parlament erteilt der GPK den Auftrag und bewilligt die erforderlichen Ausgaben auf Antrag des Parlamentsbüros, nachdem die GPK und der Gemeinderat angehört wurden.
- Art. 17, Verfahren: Führt die GPK eine besondere Untersuchung durch, bekommt sie weitergehende Befugnisse. Beispielsweise bei Anhörungen von Personen und Erhebung von Beweisen.
- Art. 21, Teilnahme des Parlamentspräsidiums an den GPK-Sitzungen: Die Handhabung ist gleich, wie in der Finanzkommission. Auch bisher war die Parlamentspräsidentin bei uns dabei, doch jetzt ist dies auch festgehalten.
- Zirkularbeschlüsse waren auch zuvor bereits möglich, sie sind jetzt aber in Art. 23, Abs. 4 festgehalten.
- Art. 48, Ergänzung Abs. 1: Dieser wird ergänzt, so dass alle ständigen Kommissionen selbständig Motionen einreichen können. Der neue Absatz 6 hält fest, dass die Einreichung einer Motion die Zustimmung einer 2/3 Mehrheit der jeweiligen Kommission erfordert. Damit soll auch sichergestellt werden, dass die Kommissionen nur dann eine Motion einreichen, wenn eine substantielle Mehrheit überzeugt ist, dass der Gemeinderat einen Auftrag erhalten soll.

Ablauf seit August 2023 bis heute: Am 28. August 2023 habt ihr uns mit einer generellen Überprüfung des GPK-Reglements beauftragt. Ihr habt heute das Ergebnis dieser Überprüfung und die Anträge für die Reglementsänderung vorliegend. Die Geschäftsprüfungskommission und die beigezogene juristische Person, Herr Wichtermann, haben sich an die Arbeit gemacht und einen ersten Reglementsentwurf erarbeitet. Danach ist die Vernehmlassung zum Reglement bei den Fraktionen und beim Gemeinderat erfolgt. Die Eingaben des Gemeinderates und den Fraktionen sowie die Stellungnahme der GPK zu den einzelnen Eingaben sind in der Beilage 2 des Parlamentsantrag ersichtlich. Zu erwähnen ist, dass wir in der GPK durchaus unterschiedlicher Meinung waren. Wir haben die eingegangenen Anträge geprüft, darüber debattiert und abschliessend über die Anträge abgestimmt. Der vorliegende Entwurf des Reglements für die Geschäftsprüfungskommission ist das Ergebnis dieses demokratischen Prozesses innerhalb der GPK.

Die Chronologie des Revisionsprozesses, der Miteinbezug des Gemeinderates und den Fraktionen, die Stellungnahmen des Gemeinderates und die Replik der GPK liegen euch mit den Parlamentsunterlagen transparent vor. Die GPK hat an der Sitzung vom 9. September den finalen Entwurf des Reglements zu Händen des Parlaments mit den drei Anträgen verabschiedet.

Geschätzte Ratsleute, ich habe es zwar bereits gehört, die Tendenz ist positiv, der finale Entwurf des neuen GPK-Reglements liegt euch vor. Die GPK hat sich an die Vorgaben des Parlaments gehalten resp. zu 99.95%. Es gibt eine Ausnahme, nämlich die Einführung des Instruments der Kommissionsmotion in Art. 48 des Geschäftsreglements des Parlaments. Dies war nicht Teil des Parlamentsauftrags. Aber auch hier liegt der Entscheid der Ergänzung von Art. 48 Abs. 1 sowie des neuen Abs. 6, Kommissionsmotion, nicht bei diesen sieben Parlamentsmitgliedern in der GPK, sondern bei uns im 40-köpfigen Parlament. Das Parlament wird auch hier das letzte Wort haben.

Die GPK empfiehlt, diese Ergänzung von Art. 48 Abs. 1 anzunehmen. Fragen, welche noch auftauchen, werden wir aufnehmen, die juristischen Auswirkungen mit dem Vertreter von Recht & Governance, Herrn Wichtermann, während eines Sitzungsunterbruchs klären und euch gerne beantworten. Nochmals herzlichen Dank an alle, auch jenen von früher in der GPK und der Fachstelle, welche bei der Revision des Reglements mitgewirkt haben.

**Parlamentspräsidentin Arlette Münger:** Ich begrüsse auch Ronald Sonderegger, es sind somit 35 Parlamentsmitglieder anwesend.

**Gemeindepräsidentin, Tanja Bauer, SP:** Bei dieser Vorlage geht es um die Rolle und das Funktionieren der GPK. Es geht aber auch darum, wie die Legislative und die Exekutive zusammenarbeiten, wer welche Aufgaben hat und wer für was zuständig ist. Kurz gesagt: Um Gewaltenteilung.

Die Aufgaben und Zuständigkeiten sind übergeordnet in der Gemeindeordnung festgelegt und sie können im Rahmen dieses Reglements hier im Detail ausgearbeitet werden.

Der Gemeinderat hat zum Entwurf der GPK insgesamt dreimal Stellung genommen und seine Bedenken klar geäußert, welche wir insbesondere in Bezug auf die Gewaltenteilung hatten. Leider wurden die zentralen Bedenken des Gemeinderates nicht berücksichtigt und darum hat der Gemeinderat auch überlegt, ob wir uns überhaupt noch und wenn ja, wie, uns hier nochmals äussern sollen. Denn wir hatten das Gefühl: Bringt es nach dreimal sagen, noch ein viertes Mal zu sagen? Ich möchte hier trotzdem zu Händen des Protokolls und im Auftrag des Gemeinderates drei Sachen nochmals zentral sagen, den Rest ist in diesen zahlreichen Unterlagen enthalten, das gilt alles immer noch:

1. Der erste Punkt, welcher uns wichtig ist, ist: Wir können uns dem Eindruck nicht erwehren, dass die Vorlage zu einer Ausweitung der Zuständigkeiten und der Aufgaben der GPK führen soll, welche aber in der Gemeindeordnung nicht so festgelegt sind. Es geht einerseits um die Aufsichtskompetenz über die Geschäftsführung des Gemeinderates und über die externen Leistungserbringer. Und dass diese Aufsicht neu nicht nur nachträglich erfolgen soll, sondern begleitend, was auch immer dies genau heissen soll. Falls das Parlament das neue Reglement heute beschliesst – und danach sieht es ja aus – dann hat der Gemeinderat die Erwartung, dass das Parlament und die GPK wie uns im Laufe der Zeit dieses Prozesses mehrfach gesagt wurde, auf die Rolle der Oberaufsicht beschränkt und dass nach der Totalrevision, die bisher gelebte Praxis in diesem wichtigen Punkt so weitergeführt wird.
2. Der Auftrag des Parlaments wurde aus unserer Sicht in mehreren Punkten nicht eingehalten. Die GPK-Präsidentin hat dies zuvor erwähnt. Das wäre z.B. in Art. 48, wo man ein neues Instrument einführt. Hier möchte ich noch erwähnen, jedes Mal, wenn wir eine Effizienzsteigerung hier im Parlament haben, haben wir ein bis zwei neue Instrumente, welche ihr habt, um effizienter zu werden. Und klar, heute ist dies für euch alle noch ganz okay, aber wenn wir das erste Mal eine Kommission motion behandeln und alle über die grossen Aufwände stöhnen, welche ihr als Milizpolitiker:innen habt, dann müsst ihr euch daran erinnern, dass ihr das selber heute eingeführt habt. Es führt auch bei uns zu Aufwand, darum haben wir hier jeweils etwas Skrupel.  
Das zweite, was aus unserer Sicht nicht dem Parlamentsauftrag entspricht, ist Art. 15, Abs. 1, dass die GPK neu vom Parlament einen Auftrag erhalten kann, um alle Arten von Geschäften auszuarbeiten und nicht nur parlamentarische Initiativen, wie bisher. Auch hier merkt ihr, das wird vermutlich nicht effizienter, sondern ergibt eher mehr Aufwand.
3. Der dritte Punkt ist etwas allgemeiner zum Vorgehen: Das Vorgehen, welches gewählt wurde, um das GPK-Reglement zu revidieren, hat für alle Beteiligten zu einem sehr, sehr grossen Aufwand geführt. Ihr habe vielleicht gesehen: Der Parlamentsantrag umfasst 87 Seiten. Ich weiss nicht, ob es schon einmal einen solch ausführlichen Antrag gegeben hat. Und wir haben dreimal mitgewirkt, das kam also dreimal bei uns vorbei. Wir haben hier eine kleine Bitte an euch, das ist etwas sehr aufwändig, wenn man so zusammen etwas erarbeitet und das könnte man vielleicht in Zukunft auch noch etwas effizienter gestalten.

Wir sind uns bewusst und darum ist dies hier vor allem zu Händen des Protokolls, dass ihr die Gesetzgeberin seid, dass ihr dieses Reglement so beschliessen könnt. Wir halten fest, dass dort, wo Widersprüche bestehen – wir haben auch geschrieben, wo wir mit euch einverstanden sind – aber dort, wo für uns die zentralen Widersprüche mit der Gemeindeordnung bestehen, dass dort die Gemeindeordnung Vorrang hat. Denn diese ist aus unserer Sicht wichtiger und wir werden uns in der Praxis an die Gemeindeordnung halten und die Umsetzung so verstehen, dass diese immer im Rahmen der Gemeindeordnung liegt. Das will ich hier auch noch zu Protokoll geben.

### **Detailberatung**

**Präsidentin Geschäftsprüfungskommission, Heidi Eberhard, FDP:** Besten Dank auch für die Ausführungen des Gemeinderates. Für uns ist es klar, dass die Gemeindeordnung Vorrang hat und wir haben an der Gemeindeordnung auch nichts verändert. Doch ich danke hier nochmals für die positive Aufnahme und wenn noch ein Bedarf besteht, welchen ich mit Herrn Wichtermann abklären müsste, würde ich für einen Sitzungsunterbruch plädieren. Wenn nicht, dann habe ich nichts mehr weiter zu sagen.

## Beschluss

1. Das Parlament stimmt dem Entwurf des Reglements für die Geschäftsprüfungskommission zu.
2. Das Parlament stimmt der Änderung des Geschäftsreglements des Parlaments gemäss Entwurf zu.
3. Das Reglement für die GPK und die Änderung des Geschäftsreglements treten am 1.1.2025 in Kraft.

(Abstimmungsergebnis: Grossmehrheitliche Zustimmung)

PAR 2024/102

## Kreditabrechnungen

Kenntnisnahme/Beschluss; Direktion Präsidiales und Finanzen

### 1. Ausgangslage

Das Parlament nimmt gemäss Art. 50 Bst. G) der Gemeindeordnung die Abrechnungen über Verpflichtungskredite, die von den Stimmberechtigten oder vom Parlament bewilligt wurden, zur Kenntnis.

Der Gemeinderat beschliesst gemäss Art. 61 Bst. D) der Gemeindeordnung die Nachkredite bis Fr. 200'000.00 zu Verpflichtungskrediten der Stimmberechtigten oder des Parlaments.

Das Parlament beschliesst gemäss Art. 48 Bst. C) der Gemeindeordnung die Nachkredite über Fr. 200'000.00 zu Verpflichtungskrediten der Stimmberechtigten oder des Parlaments sowie die Nachkredite zu Verpflichtungskrediten des Gemeinderates, sofern der Gesamtbetrag (Verpflichtungskredit und Nachkredit) Fr. 220'000.00 übersteigt.

An der Parlamentssitzung vom 02.05.2011 wurden die Fristen der Abrechnungen der Kredite diskutiert, dabei wurde gewünscht das Datum des Projektabschlusses offenzulegen.

### 2. Zusammenfassung Kreditabrechnungen

Die Finanzkontrolle hat die folgenden Kreditabrechnungen geprüft:

Nr.	FK	Konto	Dir.	Objekt	Kredit	Jahr	Kosten	Abweichung	in %	NK GR	NK PAR
1	P23002	5600.501.1111	DUB	Sanierungsmassnahmen aus GEP Untere Gemeinde / Rahmenkredit 2. Etappe	4'200'000.00	2014	3'498'449.00	-701'551.00	-16.70		

Der Gemeinderat orientiert über die Daten der letzten Buchung und der Einreichung der Abrechnung bei der Finanzkontrolle als Zusatzinformation zu den obigen Abrechnungen wie folgt:

Nr.	Datum letzte Buchung	Datum Abrechnung an FK
1	16.01.2023	16.10.2023

Es ist festzuhalten, dass die längeren Garantiefristen (bis max. 2 Jahre) zu Verzögerungen bei der Abrechnung führen. Dies erweist sich als sinnvoll.

## Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Parlament nimmt Kenntnis von der Kreditabrechnung Rahmenkredit "Sanierungsmassnahmen aus GEP Untere Gemeinde / Rahmenkredit 2. Etappe".

Köniz, 21. August 2024

Der Gemeinderat

## Beilagen

- 1) Bericht Kreditabrechnungen Kompetenz Parlament

## Diskussion

**GPK-Referentin, Kathrin Gilgen, SVP:** Ich halte dieses Votum für den abwesenden GPK-Referenten Toni Eder. Toni Eder hat das Geschäft bei der zuständigen Direktion Präsidiales und Finanzen geprüft.

Um was geht es? Das Parlament nimmt gemäss Art. 50 der Gemeindeordnung die Abrechnungen über Verpflichtungskredite, die von den Stimmberechtigten oder vom Parlament bewilligt wurden, zur Kenntnis. Hier geht es um die Abrechnung des Rahmenkredits von CHF 4.2 Mio. der Sanierungsarbeiten aus der GEP untere Gemeinde (2. Etappe).

Ein grosser Nachkredit von rund CHF 450'000 wurde vom Gemeinderat am 1. April 2020 genehmigt. Via Parlamentsbeschluss wurde für die Sanierungsmassnahmen GEP untere Gemeinde (2. Etappe) ein Rahmenkredit bewilligt und beschlossen, dass der Gemeinderat die einzelnen Objektkredite beschliessen kann. Der Gemeinderat erhält damit auch die Kompetenz, über die Nachkredite – auch über CHF 200'000 - abschliessend zu beschliessen.

Der Gesamtkredit wurde um rund CHF 701'000 unterschritten. Die Finanzkontrolle hat diese Kreditabrechnung geprüft und als richtig befunden.

Zu den GPK Beschlüssen:

1. Die GPK stellt fest, dass die für den Entscheid notwendigen Informationen und Unterlagen vorliegen. Abstimmungsergebnis: einstimmig
2. Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, die Kreditabrechnungen zur Kenntnis zu nehmen.

## Beschluss

Das Parlament nimmt Kenntnis von der Kreditabrechnung Rahmenkredit "Sanierungsmassnahmen aus GEP Untere Gemeinde / Rahmenkredit 2. Etappe".

(Abstimmungsergebnis: einstimmige zustimmende Kenntnisnahme)

PAR 2024/103

**Rappentöri, Revitalisierung Sulgenbach**

Kredit; Direktion Umwelt und Betriebe

**1. Ausgangslage**

Das Gemeindezentrum von Köniz hat in den letzten Jahren durch eine aktive Um- und Neugestaltung eine funktionale und städtebauliche Aufwertung erfahren und verfügt heute über einen urbanen Charakter. Das östlich an das Zentrum angrenzende Areal Rappentöri ist als zentrales, städtebaulich und siedlungsplanerisch bedeutendes Gebiet ein wichtiger Baustein dieser Zentrumsentwicklung.

Um für dieses Areal eine qualitativ hochwertige Entwicklung zu erreichen, wurde im Jahr 2012 ein Projektwettbewerb durchgeführt. Der Wettbewerb wurde mit dem Siegerprojekt JANUS abgeschlossen. Mit dem Projekt soll eine attraktive, gemischt genutzte Überbauung realisiert werden, die optimal erschlossen und an das Zentrum Köniz angebunden ist.

Als Grundvoraussetzung für die Umsetzung der Entwicklungsabsichten wurde im Jahr 2019 die Anpassung des Nutzungsplans und des Baureglements (ZPP Nr. 5/9 Rappentöri) rechtskräftig. Das Wettbewerbsergebnis floss in die Zone mit Planungspflicht (ZPP) 5/9 «Rappentöri» ein, welche die Stimmberechtigten am 21. Mai 2017 angenommen haben.

Als erstes Puzzleteil wurde die untere Stapfenstrasse saniert und teilweise umgestaltet. Dabei wurde die Lage der Haltestelle der Buslinie 16 bezüglich der Umsteigebeziehungen zur Buslinie 10 optimiert. Die Recyclingsammelstelle wurde in den Bereich der Zufahrt zum Stapfenmärit verschoben und mit Unterflurcontainern ausgerüstet.

Der nächste Schritt ist nun die Um- und Offenlegung des Sulgenbachs (ZPP 5/9; Art. 4.6). Dieser verläuft heute eingedolt auf der südlichen Seite der Stapfenstrasse.

Die Umlegung und die damit verbundene Offenlegung des Baches sind notwendig um die Gebäude ab der Stapfenstrasse zu Fuss und mit Fahrzeugen erschliessen zu können. Damit kann gleichzeitig auch der Gewässerraum des Sulgenbachs gesichert und die, in Art. 4.6 der ZPP verlangte grosszügige Gestaltung des Aussenraums gegen Süden hin umgesetzt werden.

Weiter wird ein neuer Fuss- und Radweg von der Stapfenstrasse zur Muhlernstrasse östlich des Areals Rappentöri gebaut. Der dafür notwendige Realisierungskredit wurde vom Parlament am 4. Dezember 2023 genehmigt. ("PARB 2023/1204 Köniz, Muhlern-Stapfenstrasse Fuss- und Radweg, Realisierung")

**2. Projekt Revitalisierung Sulgenbach****2.1 Machbarkeitsstudie und erste Grobkonzepte 2010 - 2012**

Als Grundlage für die Planungsarbeiten am Rappentöri, welche im 2012 gemacht wurden (Wettbewerb, ZPP, etc.), hat die Gemeinde eine Machbarkeitsstudie mit Varianten für die Bachumlegung erstellen lassen. Diese Studie untersuchte eine Revitalisierung in Anbetracht der damals geltenden infrastrukturellen, topographischen und ökomorphologischen Rahmenbedingungen. Die nachfolgenden Grobkonzepte sahen nur eine Ausdolung zwischen dem bestehenden Fussweg Muhlern- / Stapfenstrasse bis zum Boskett (ca. 330 Meter Länge), eine Eindolung zwischen der neuen Überbauung und dem Boskett (ca. 40 Meter) und die Erstellung eines Schachtbauwerkes in der Stapfenstrasse vor. Mit der vorgeschlagenen Linienführung war ein naturnahes Fliessgewässer mit Wiesenbach-Charakter auf rund 250 Meter der Strecke vorgesehen. Ein Weg parallel zum Bach wurde als Option angedacht, jedoch inhaltlich und finanziell nicht weiter vertieft.

**2.2 Das heutige Projekt**

Das im Verlauf der letzten zwei Jahre erarbeitete Vorprojekt sieht vor, den Bach auf der gesamten Strecke von rund 300 Meter offenzulegen, wobei der Gewässerraum und das Gerinne je nach Abschnitt unterschiedlich ausgestaltet werden (Beilage 1).

Der Sulgenbach soll unterhalb des Friedhofs Köniz abgenommen und entlang der Geländekante mit dem im Schutzplan festgelegten Gewässerraum von 16 Metern in Richtung Überbauung Rappentöri geführt werden (Perimeter 2). Entlang der Überbauung beträgt der Gewässerraum 11 Meter (Perimeter 1). Der offengelegte Sulgenbach wird auf einen Abfluss von 200 bis 500 l/s ausgelegt. Westlich des Rappentöriwegs wird der Sulgenbach in ein Einlaufbauwerk geführt. In diesem letzten kurzen Abschnitt wird der Bach wieder eingedolt bevor er anschliessend in einer Leitung entlang dem Boskett bis zum Schacht bei der Schwarzenburg-/Landorfstrasse zurück in die bestehende Bachleitung geführt wird. Damit die definierte Abflussmenge durch den Friedhof und durch die Überbauung abgeleitet werden kann, muss das bestehende Rechengebäude oberhalb des Friedhofs hydraulisch überprüft und bautechnisch den neuen Abflussanforderungen angepasst werden.

Entlang des Bachs wird ein Fussweg von der Schwarzenburgstrasse/Stapfenstrasse bis zum Friedhof erstellt. Der Weg beginnt beim Boskett vor dem Restaurant Sternen und folgt anschliessend dem neu angelegten Sulgenbach, teilweise im Gewässerraum, bis zur Zufahrtsstrasse zum Aufbahrungsgebäude Stapfenstrasse 35 mit Anschluss an den Biodiversitätspfad im Friedhof.

Die Aufwertungsmassnahmen entlang des Sulgenbach mit neu gestalteten Grünräumen sind ein wichtiger Beitrag zur attraktiven Gestaltung des Aussenraums der neuen Siedlung. Ein besonderes Augenmerk soll dabei auf die Artenvielfalt und die Verbesserung der Biodiversität innerhalb des Lebens- und Landschaftsraums gelegt werden. Dies stärkt die Widerstandsfähigkeit des Ökosystems und trägt zur Verbesserung der Lebensqualität bei. Der neu geschaffene naturnahe Lebensraum mit dem Fliessgewässer wirkt den sich verändernden Klimabedingungen wie zunehmende Hitzeperioden, Trockenheit und Starkniederschlagsereignissen entgegen und trägt zur Kühlung der Umgebung bei. (Klima- und Energiestrategie; Parlamentsbeschluss zur Motion "Köniz passt sich zunehmender Hitze an")<sup>2</sup>. Das Revitalisierungsprojekt bietet somit einen deutlichen Mehrwert für Flora und Fauna und für die Bevölkerung von Köniz.

Die geplante Fuss- und Veloverbindung zwischen Stapfenstrasse und Muhlernstrasse quert den revitalisierten Sulgenbach. In der Abstimmung der beiden Projekte ist vorgesehen, dass die zu bauende Brücke vom Projekt des Radweges erstellt und finanziert wird. Sollte das Projekt der Bachrevitalisierung schneller sein als das Radweg-Projekt, wird die Brücke durch das Bachprojekt erstellt und finanziert. Der Bachverlauf und die Lage der geplanten Brücke über den Sulgenbach sind definiert und mit allen übrigen Projekten im Bereich Rappentöri abgestimmt.

### 2.3 Das Projekt im Wandel der Zeit; die wesentlichen Änderungen

Wie Kap. 2.2 zu entnehmen ist, unterscheidet sich das heutige Projekt wesentlich von den ursprünglichen Konzepten. Diese Unterschiede sind auf neue Rahmenbedingen und Anforderungen an das Revitalisierungsprojekt zurückzuführen, welche sich über die letzten 10 Jahre eingestellt haben. Die markantesten werden hier beschrieben:

- Neu hinzugekommen ist die Gestaltung des Altarms, ein Einlaufbauwerk, die Konkretisierung des Fussweges entlang des Baches vom Boskett bis zum Friedhof Köniz sowie die Erstellung zweier Brücken für Fusswege über den Bach. Durch die Planung des neuen Veloweges zwischen der Stapfen- und der Muhlernstrasse muss zudem eine dritte Brücke für den Langsamverkehr realisiert werden.
- Neue Abflussbegebenheiten machen es notwendig, dass das bestehende Rechengebäude hydraulisch geprüft und bautechnisch den neuen Abflussanforderungen angepasst werden muss.
- Auch die gesetzlichen Grundlagen haben sich in den letzten 10 Jahren verändert. Aufgrund neuer gesetzlicher Grundlagen bezüglich des Gewässerraumes musste der Gewässerraum der eingedolten Leitung auf Höhe des Bosketts um 3 Meter vergrössert werden, was sich bei der angedachten Linienführung des Baches zwischen dem Boskett und dem Neubau direkt auf das Bauprojekt ausgewirkt hätte. Das Untergeschoss der Überbauung hätte um 3 Meter verkürzt gebaut werden müssen mit entsprechendem Raumverlust. Dieser wäre sehr einschneidend für die Überbauung, die Linienführung der Eindolung wurde deshalb angepasst was eine Verlängerung der eingedolten Strecke um rund 30 Meter nach sich zieht.

<sup>2</sup> [Klima- und Energiestrategie](#)

Ebenfalls muss neu die Schwarzenburgstrasse unterquert werden, um den Bach in die bestehende Bachleitung zu führen.

- Hoher Nutzungsdruck im Bereich der beiden öffentlichen Plätze und des halböffentlichen Ausenraums der neuen Überbauung und die daraus resultierenden sicherheitstechnischen Anforderungen verlangten die Eindolung um zusätzliche 30 Meter bis zum Rappentöriweg zu verlängern. Zusammengenommen ist die eingedolte Strecke also rund 60 Meter länger als es in den ursprünglichen Konzepten angedacht war.
- Die im Handbuch zur Programmvereinbarung im Umweltbereich 2020-2024 des Bundesamtes für Umwelt (BAFU)<sup>3</sup> beschriebenen ökologischen Anforderungen an Revitalisierungsprojekte wurden markant verschärft, was die ökologische Gestaltung des Baches massgeblich beeinflusst und aufwändiger macht.
- Für die Parzelle Gbbl.-Nr. 20 besteht ein Pachtvertrag mit Gültigkeit bis 2055. Damit das Projekt gemäss Zeitplan (Kap. 4) umgesetzt werden kann, mussten Verhandlungen mit dem Pächter geführt werden, um den Pachtvertrag frühzeitig zu lösen. Der Pachtvertrag kann auf März 2025 aufgelöst werden. Der Gemeinderat beschloss im Juni 2024 (GRB 2024/294) die Entschädigung an den Pächter, diese fliesst in die Projektkosten mit ein.

Die Auswirkungen dieser Veränderungen auf die Planungs- und Baukosten werden im nächsten Kapitel erläutert.

### 3. Finanzen

#### 3.1 Planungs- und Realisierungskosten

Gestützt auf die Machbarkeitsstudie aus dem Jahr 2012 lag für die Ausdolung ab dem bestehenden Fussweg Muhlern- / Stapfenstrasse bis zum Boskett sowie für die Eindolungskosten parallel zum Boskett mit einem Schachtbauwerk eine grobe Kostenschätzung von CHF 800'000.- vor.

Für das ausgearbeitete Revitalisierungsprojekt werden nun Gesamtkosten von rund CHF 4.3 Mio. veranschlagt. Die Kostensteigerung hat sich bereits bei der Wiederaufnahme der Planung vor rund zwei Jahren angedeutet, im Investitionsplan 2024 sind für Planung und Realisierungen in den Jahren 2024 bis 2026 deshalb bereits CHF 2.2 Mio. eingestellt worden. Im Investitionsplan 2025 wurde der Betrag auf CHF 4.2 Mio. angepasst.

Die grosse Abweichung zum Grobkonzept im 2012 kann auf die folgenden wesentlichen Veränderungen im Revitalisierungsprojekt sowie im Gesamtprojekt Rappentöri zurückgeführt werden:

Veränderung	Wirkung	Finanzielle Folgen
Entschädigung Auflösung der Pachtverhältnis Gbbl.-Nr. 20	-	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Zusätzliche Kosten von rund <b>CHF 100'000.-</b></li> </ul>
Zusätzliche Elemente	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Drei Brücken</li> <li>• neuer Fussweg vom Boskett bis zum Friedhof</li> <li>• Altlarm</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Zusätzliche Planungs- und Ausführungskosten von rund <b>CHF 350'000.-</b></li> </ul>
Neue Abflussbegebenheiten im Sulgenbach	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Hydrologische Anpassung bestehendes Rechengebäude und Sulgenbach</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Zusätzliche Planungs- und Ausführungskosten von rund <b>CHF 120'000.-</b></li> </ul>
Gesetzliche Vergrösserung Gewässerraum auf Höhe Rest. Sternen von 3 auf 6 Meter	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Verlegung der Linienführung führt zu längerer Eindolung um 30 Meter</li> <li>• Für den Anschluss an die bestehende Bachleitung muss die Schwarzenburgstrasse unterquert werden.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Mehrkosten durch Eindolung und Quering Schwarzenburgstrasse von rund <b>CHF 340'000.-</b></li> </ul> <p><i>Anm.: Die Baukosten für Eindolungen sind massiv höher als die Kosten für die Erstellung von offen fliessendem Gewässer.</i></p>
Keine Reduktion der Fläche beim Untergeschoss der Überbauung		

<sup>3</sup> [Handbuch Programmvereinbarungen im Umweltbereich](#)



Erhöhter Nutzungsdruck und erhöhte sicherheitstechnische Anforderungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>Eingedolte Strecke um 30 Meter länger</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Mehrkosten durch Eindolung von rund <b>CHF 130'000.-</b></li> </ul> <p><i>Anm.: Die Baukosten für Eindolungen sind massiv höher als die Kosten für die Erstellung von offen fliessendem Gewässer.</i></p>
Erhöhte gesetzliche Anforderungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>Verschärfung der ökologischen Anforderungen an Revitalisierungsprojekte</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Die Kosten der Ausdolung haben sich um rund <b>CHF 400'000.-</b> erhöht.</li> </ul>
Bauteuerung	<ul style="list-style-type: none"> <li>Die Preise im Bau haben, insbesondere in den letzten drei Jahren, zugelegt.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Im Baugewerbe kann man im Zeitraum von 2012 bis Ende 2023 von rund 16% Teuerung ausgehen. Bezogen auf das Projekt sind das Mehros-ten von rund <b>CHF 460'000.-</b></li> </ul>
Planerhonorar	-	<ul style="list-style-type: none"> <li>Merkosten von rund <b>CHF 203'000.-</b></li> </ul>
Bodenschutz	-	<ul style="list-style-type: none"> <li>Merkosten von rund <b>CHF 31'300.-</b></li> </ul>
Risikokosten (ca. 13%)	-	<ul style="list-style-type: none"> <li>Mehrkosten von rund <b>CHF 480'000.-</b></li> </ul>
MwSt.	-	<ul style="list-style-type: none"> <li>Mehrkosten von rund <b>CHF 200'000.-</b></li> </ul>

Das planende Ingenieurbüro (IUB AG) veranschlagt im technischen Bericht des Wasserbaubewilligungsverfahrens Sulgenbach für die Revitalisierung folgende Kosten (Genauigkeit von +/- 20 %):

Was	Kosten (CHF)	Bemerkungen
Baumeisterarbeiten	2'980'000.00	
Planerhonorar	203'229.00	
Bodenschutzkonzept, Beweissicherung, etc.	31'300.00	
Unvorhergesehenes, Verschiedenes, Risiken,	480'368.80	
Bewilligungs- und Prüfungsgebühren	15'000.00	
<b>Subtotal</b>	<b>3'709'897.80</b>	
MwSt. 8.1%	300'501.72	
Vorleistungen	85'002.20	GRB 2020/660
Entschädigung Auflösung Pachtverhältnis Gbbl.-Nr. 20	97'438.05	GRB 2024/294
<b>Total Kosten inkl. MwSt.</b>	<b>4'192'839.77</b>	
Bereits bewilligter Kredit Gemeinderat Vorprojekt	-85'002.20	GRB 2020/660
<b>Total Kredit</b>	<b>4'107'837.57</b>	
<b>Beantragter Kredit</b>	<b>4'200'000.00</b>	
<i>Zu aktivierende Interne Leistungen (3%)</i>	<i>123'000.00</i>	
<b>Gesamtkosten</b>	<b>4'315'840.25</b>	

**Tabelle 1: Kostenveranschlag** für die Revitalisierung gemäss dem technischen Bericht der IUB AG

### 3.2 Folgekosten

Die direkten Folgekosten der Revitalisierung bzw. der Investitionen können der Folgekostentabelle (Beilage 2) entnommen werden. Für den Betrieb und den Unterhalt der Anlage (gärtnerischer Unterhalt, Reinigung, Unterhalt technische Anlage, etc.) werden ab Fertigstellung der Anlage der Gemeinde zusätzliche Kosten entstehen. Dies als Sachkosten und als Personalkosten in der Abteilung Umwelt und Landschaft. Die AUL wird den Unterhalt im Rahmen des Gewässerunterhalts durchführen und rechnet mit zusätzlichen Kosten von CHF 8'000.-/Jahr welche in der Erfolgsrechnung eingestellt werden müssen.

### 3.3 Finanzierung

#### Subventionen

Für die Revitalisierung können beim Kanton, Oberingenieurkreis II (OIK II), und beim Renaturierungsfonds (RenF) je ein Subventionsgesuch gestellt werden. In der Regel können beim OIK II zwischen 50 bis 70% und beim RenF ca. 20% an die Restkosten (exkl. Bewilligungs- und Prüfungsgebühren sowie interne Leistungen) als Subvention beantragt werden. Untenstehende Tabelle gibt einen Überblick über die zu erwartenden Subventionen.

Die Entschädigung für die Pacht ist nicht subventionsberechtigt, der subventionsberechtigte Kredit beläuft sich demnach auf CHF 4'095'410 (CHF 4'192'839<sub>[Total]</sub> – CHF 97'438<sub>[Entschädigung Pacht]</sub>)

Subventionen Gegenstand	Minimum		Maximum		Realistisch	
	Subv.	CHF	Subv.	CHF	Subv.	CHF
Kredit		4'095'000		4'095'000		4'095'000
OIK	50%	2'048'000	70%	2'867'000	60%	2'457'000
RenF	0%	-	20%	246'000	10%	164'000
Total Subventionen	50%	2'048'000	76%	3'112'000	64%	2'621'000
Restkosten Gemeinde exkl. Entschä- digung Pacht		2'048'000		983'000		1'474'000
Restkosten Gemeinde inkl. Entschädigung Pacht		<b>2'145'000</b>		<b>1'080'000</b>		<b>1'571'000</b>

**Tabelle 2: Subventionen** Es kann mit Subventionen in der Höhe zwischen CHF 2'048'000 und CHF 3'112'000 gerechnet werden, d.h. es fallen («netto») Kosten für die Gemeinde zwischen CHF 2'145'000 und im besten Fall von CHF 1'080'000 an.

#### Entnahme aus der Spezialfinanzierung Ausgleich von Planungsvorteilen

Das vorliegende Projekt erfüllt die Anforderungen zur Finanzierung aus der Spezialfinanzierung "Ausgleich von Planungsvorteilen" vollumfänglich.

Der Gemeinderat hat beschlossen für die Revitalisierung des Sulgenbachs den Betrag von höchstens CHF 1'500'000.- aus der Spezialfinanzierung „Ausgleich von Planungsvorteilen“ zu entnehmen. Damit würde der Steuerhaushalt je nach Subventionsanteil mit max. CHF 650'000.- belastet.

#### 4. Termine

In Abstimmung mit den Teilprojekten des Grossprojekts Rappentöri sieht der Terminplan für die Revitalisierung aktuell wie folgt aus:

Was	von – bis
Genehmigung Realisierungskredit	November 2024
Ämtervernehmlassung	März 2025 bis Mai 2025
Wasserbaubewilligungsverfahren (WBB)	Juni 2025
Erarbeiten des Ausführungsprojekts	Juli 2025 bis November 2025
Submission, Vergabe und Realisierung	Ab 2026 möglich (in Absprache mit Hochbauprojekt)

**Tabelle 3: Zeitplan**

#### 5. Folgen bei Ablehnung des Kredits

Der Sulgenbach kann nicht verlegt und revitalisiert werden. Damit fehlt eine wesentliche Voraussetzung zur Realisierung der Überbauung Rappentöri.

#### Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Für das Projekt "Rappentöri, Revitalisierung Sulgenbach, Wasserbauprojekt" wird ein Bruttokredit von CHF 4'200'000.- (inkl. MwSt., zuzüglich allfälliger Teuerung), zulasten Konto 5120.5020.7201 "Sulgenbach Rappentöri, Wasserbauprojekt" bewilligt.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

Köniz, 21. August 2024

Der Gemeinderat

## Beilagen

- 1) Projekt Revitalisierung Sulgenbach
- 2) Folgekostenformular

## Diskussion

**GPK-Referentin, Sandra Röthlisberger, GLP:** Vorab danke ich dem Gemeinderat Hansueli Pestalozzi und seinen Fachleuten Daniel Gilgen und Rolf Fuchs für die Beantwortung meiner Fragen bei der Geschäftsprüfung.

Die GPK stellt einstimmig fest, dass die für den Entscheid notwendigen Informationen und Unterlagen vorliegen.

- Wieso beschliessen wir heute über dieses Kreditgeschäft? Das Projekt ist Teil vom städtebaulichen Entwicklungsprojekts Rappentöri im Zentrum von Köniz. Die Revitalisierung des Sulgenbachs ist eine Vorgabe der ZPP-Vorschrift. Parlament und Volk hat diese genehmigt. Die Gemeinde ist waserbaupflichtig und übernimmt die Planung und die Kosten.

Heute verläuft der Sulgenbach unterirdisch entlang der Stapfenstrasse. Dort, wo künftig die Wohnüberbauung steht. Weil der Gewässerabstand auch bei eingedolten Gewässern eingehalten werden muss, muss der Bach verschoben werden.

Noch eine Information zum Stand der Dinge in Sachen Baurecht: Die Beschwerde einer Einsprecherin auf die Baurechtsvergabe wurde seitens Regierungsstatthalteramt abgewiesen. Die Gemeinde als Baurechtsgeberin und die Baurechtsnehmerin Marti AG sind jetzt in den abschliessenden Vertragsverhandlungen. Die Eingabe des Baugesuchs ist der nächste planerische Meilenstein. Als weiteres Element der ZPP 5/9 soll ein öffentlicher Spielplatz erstellt werden. Der Kreditantrag wird hierzu separat erfolgen.

- Was beinhaltet das Projekt? Es geht um eine Umlegung vom Sulgenbach, eine teilweise Revitalisierung des Bachlaufs zwischen dem Friedhof und dem Zentrum. Der Sulgenbach fliesst aus dem Köniztal mit grossem Einzugsgebiet aus dem Gurten und Ulmizberg ins Könizer Zentrum, verläuft von dort unterirdisch entlang der Sägestrasse und mündet via Stationsstrasse dann im Zickzack entlang der Vidmarhalle bis in die Könizstrasse, wo er dann zum Berner Sulgenbach wird. Bei der Dampfzentrale fliesst er dann in die Aare. Abgesehen von einem kleinen Teilstück bei der Hardegg verläuft der Bach im Siedlungsgebiet unterirdisch. Was ich damit sagen will: Es ist ein weitgehend technisches Bauwerk. Reguliert und in die Schranken gewiesen seit den 1960er und 1970er Jahren. Der Hochwasserschutz ist ein wichtiges Element, so bleibt der Altarm auch als Überflusstollen bestehen. Das bestehende Rechengebäude beim Friedhof wird die Abflussmenge regulieren und triagieren. Die notwendige Abflussmenge wird übrigens ohne Pumpe erreicht.
- Was wird mit dieser Revitalisierung erreicht? Durch die Offenlegung des Bachs wird ein natürlicher Lebensraum für Pflanzen und Tiere geschaffen. Dies ist eine Zielsetzung des Könizer Biodiversitätskonzepts. Die Offenlegung und Revitalisierung von Fliessgewässern ist zudem ein Legislaturziel des Gemeinderates. Als Bestandteil der Zentrumsplanung trägt der offen geführte Bachlauf zur Aufwertung des gesamten Gebiets bei. Es entsteht ein attraktiver Erholungsraum.
- Was kostet das? Die Gesamtkosten sind gegenüber der Studie aus dem Jahr 2012 deutlich gestiegen. Im Geschäft sind die veränderten Parameter, die Wirkung und die Kostenfolge ausführlich beschrieben. Stichworte:
  - Auflösung Pachtverhältnis,
  - Veränderte Linienführung und Mehrlänge,
  - Anpassung der Abflussmenge im Rechengebäude,
  - Verschärfte Ökologische Anforderungen.

Die Entschädigung von CHF 100'000 des Pächters für das Grünland ist das Resultat der Verhandlungen. Der Pachtvertrag ist langjährig und seiner Zeit vom Kanton übernommen worden und darum muss hier mit diesem Ertragsausfall gerechnet werden. Für dieses Verhandlungsergebnis wurden Wegleitungen und Benchmarks der Inforama beigezogen. Ein Realersatz ist abgelehnt worden. Die Baukosten für die Eindolung sind massiv höher als die Kosten für die Erstellung von offenen Gewässern, wobei zu ergänzen ist, dass der Unterhalt von offen geführten Gewässern deutlich aufwändiger ist.

Zur Finanzierung und dem Zeitplan:

- Das Projekt wird durch eine Kombination aus kantonalen Fördermitteln, kommunalen Mitteln und einem Beitrag aus der Spezialfinanzierung "Ausgleich von Planungsvorteilen" finanziert.

- Der Bruttokredit beträgt CHF 4.2 Mio. – netto bleiben nach Abzug der Subventionen, bei welchen man realistischerweise mit ca. 64% rechnet und CHF 1.5 Mio. als Entnahme aus der Spezialfinanzierung, noch CHF 1'080'000 steuerfinanzierte Mittel. Wir beschliessen nach dem Bruttoprinzip über die CHF 4.2 Mio.
- Im Investitionsplan 2025 wurde der Betrag auf CHF 4.2 Mio. angepasst.
- Die Planungskosten sind Teil des Kredits. Die Wasserbaubewilligung muss als nächster planerischer Schritt eingeholt werden. Wir stehen hier also noch relativ an einem frühen Punkt in dieser Planung.
- Die zeitliche Umsetzung steht in Abhängigkeit zum Hochbauprojekt. Die Koordination des Projekts läuft über die Fachstelle KOP.

Folgen bei Ablehnung: Der Sulgenbach kann nicht verlegt und revitalisiert werden. Damit fehlt eine wesentliche Voraussetzung zur Realisierung der Überbauung Rappentöri.

Die GPK empfiehlt dem Parlament, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen. Mit einem Abstimmungsergebnis: 5 dafür, 0 dagegen, 1 Enthaltung.

**Parlamentspräsidentin Arlette Münger:** Ich begrüsse Roland Akeret zur Sitzung. Es sind somit 36 Parlamentsmitglieder anwesend.

**Fraktionssprecher FDP, Ronald Sonderegger:** Für uns hat sich der Planer hier etwas vergaloppiert und der Gemeinderat hat sich bei seiner Aufgabe der Gemeinde gegenüber, den eh schon problematischen Finanzen Rechnung zu tragen, nicht feinfühlig gezeigt.

CHF 4.2 Mio. – das ist beinahe von Sinnen, das ist jetzt wirklich übertrieben. Ja, es wird vorgegeben, dass wir Renaturieren müssen, aber nicht zu jedem Preis. Die FDP ist hier also quasi genötigt, "okay" dazu zu sagen. Aber auch wenn man genötigt ist, kann man sparen.

Gut, ein Teil davon kommt vom Kanton, wird aber schlussendlich auch durch unsere Steuergelder beglichen. Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum und müsste dann allenfalls dem Volk schmackhaft gemacht werden, indem man dem Bürger wird aufzeigen müssen, dass jeder CHF 100 aus seinem Portemonnaie an diese Renaturierung bezahlen muss. Das Projekt gehört für uns überarbeitet und müsste günstiger präsentiert werden.

Zum Antrag auf der Tischvorlage der SVP: Diesen werden wir unterstützen. Die FDP lehnt das Projekt mehrheitlich ab oder enthält sich der Stimme.

**Fraktionssprecher SVP, Roland Hofer:** Im Voraus danken wir für das gut übersichtliche Dossier. Wir von der SVP können das Projekt aber so nicht unterstützen.

Das Positive zuerst: Das schattige gelegene Grasland unterhalb des Friedhofs, am Rand des urbanen Gebiets ist auch aus unserer Sicht her prädestiniert für eine Revitalisierung eines Baches. Es wird hier keine wertvolle Fruchtfolgefläche zerstört. Zugleich ist diese Offenlegung des Sulgenbachs hier auch eine Vorgabe der Überbauung Rappentöri. Mit dem Landbewirtschafter, welcher einen 30jährigen laufenden Pachtvertrag hat, ist hier zum Glück eine Lösung gefunden worden. Dass es an diesem Ort am urbanen Rand des Könizer Zentrums eine Aufwertung und ein Naherholungsgebiet gibt, ist auch für uns von der SVP-Fraktion nachvollziehbar.

Aber die Kosten für diese Offenlegung des Sulgenbachs und dem Fussweg sind einfach gigantisch. CHF 4.2 Mio. oder grob gerechnet CHF 12'000 für den Laufmeter. Das können wir so politisch nicht unterstützen. Auch wenn noch subventioniert wird, oder aus dem Planungsvorteil-Kässeli Geld beige-steuert wird, sind es schlussendlich Steuergelder, welche hier im grossen Stil verbaut werden sollen. Wir halten auch fest, dass der Zeitpunkt der Realisierung gut geplant werden sollte. Aus unserer Sicht sollte mit dem Bau des neuen Gebäudes Rappentöri am liebsten die Ressourcen der Baumaschinen gleich gemeinsam gebraucht werden, dann wäre eventuell auch noch die eine oder andere Einsparung möglich. Und für den Unterhalt muss unbedingt geschaut werden. Dass dies dann alles für CHF 8'000 pro Jahr gepflegt wird – ich weiss es nicht. Nicht so, wie beim Margelbach, wo alles am Verwuchern ist. Aber eben, dort sieht es nun mal niemand.

Wir sind der Meinung dass dieses Projekt definitiv zu teuer ist und beantragen darum dem Parlament eine Rückweisung mit dem Auftrag, das Geschäft dem Parlament nochmals mit einer Kostensenkung von 20% vorzulegen. Ihr seht unseren Antrag auf der Tischvorlage und wir hoffen auf eure Unterstützung.

**Fraktionssprecherin Grüne/Junge Grüne, Sara Gasser, Junge Grüne:** Die Um- und Offenlegung des Sulgenbachs auf dem Abschnitt beim Rappentöri ist nötig, um den Gewässerraum zu sichern, die Erreichbarkeit der Gebäude an der Stapfenstrasse zu Fuss und mit Fahrzeugen zu gewährleisten, sowie die im Artikel 4.6 der ZPP verlangte grosszügige Gestaltung des Aussenraumes gegen Süden hin zu erfüllen. Sie ist zudem ja auch mit den übrigen Projekten im Bereich Rappentöri abgestimmt.

Die Revitalisierung des Sulgenbachs wertet aus unserer Sicht das Gebiet Rappentöri im Zentrum von Köniz für die Menschen deutlich auf und fördert auch die Biodiversität, indem wertvoller Lebensraum geschaffen wird. Dies freut uns sehr – einerseits für die Bevölkerung, andererseits in Zeiten der Biodiversitätskrise besonders auch für Flora und Fauna. Ausserdem wird im gleichen Zug eine Anpassung an die Klimaerwärmung erreicht. Wasser- und Grünflächen kühlen die Umgebung in Hitzeperioden, wirken Trockenheit entgegen und nehmen Starkniederschläge besser auf. Dies wird in Zukunft immer nötiger sein.

Zudem können über die Hälfte der Projektkosten beim Kanton und beim Renaturierungsfonds beantragt werden. Ein weiterer Betrag wird durch die Spezialfinanzierung gedeckt. So hält sich die Belastung des Steuerhaushaltes aus unserer Sicht in Grenzen, obwohl das Projekt teurer ist, als ursprünglich geplant. Die Kosten lassen sich aber plausibel erklären.

Die vorliegende Vorlage bietet aus Sicht der Grünen/Jungen Grünen eine großartige Gelegenheit, eine Aufwertung des Lebens- und Aufenthaltsraumes nahe dem Zentrum von Köniz für die Bevölkerung und gleichzeitig für die Natur zu erreichen.

Die Fraktion Grüne/Junge Grüne stimmt dem Kredit deshalb einstimmig zu und dankt dem Gemeinderat für die hervorragende Planung und die erhaltenen Unterlagen.

**Fraktionssprecherin EVP-GLP-Mitte, Sandra Röthlisberger, GLP:** Wir haben uns schon des Öfteren über Bäche unterhalten, zuletzt über das Luxusbächli beim Thomasweg. Jetzt reden wir aber über ein "Goldbrünneli", der Laufmeterpreis wurde bereits genannt.

Wir sehen den Nutzen für die Biodiversität und den Mehrwert für die Aufenthaltsqualität. Wir haben uns seinerzeit auch für die ZPP und für das Biodiversitätskonzept ausgesprochen. Eindölen ist keine Alternative.

Die hohen Kosten bereiten uns aber Sorgen. Auch die versprochenen Drittmittel sind letztlich Steuergelder. Wir haben deshalb sicherlich gewisse Sympathien für eine günstigere Lösung. Ob wir die Anträge der SVP unterstützen oder nicht, konnten wir noch nicht besprechen und darum möchte ich gerne einen Sitzungsunterbruch beantragen. Darum sage ich jetzt auch noch nicht, was wir hier mehrheitlich zum "Goldbrünneli" abstimmen.

**Fraktionssprecherin SP/JUSO, Géraldine Boesch, SP Frauen:** Ich möchte mich der Vorrednerin, der Grünen-Fraktionssprecherin, mit den inhaltlichen Argumenten anschliessen und auch noch ausführen, dass ja vom BAFU her, beim "Handbuch Programmvereinbarungen im Umweltbereich", 2020-2024, die ökologische Anforderungen verschärft wurden. Und wenn man diese Anforderungen erfüllen will, dann ist dies aufwändiger, dann ist dies teurer und ich denke, es muss allen bewusst sein, dass Umweltschutz und Biodiversität einen Preis haben. Die SP/JUSO-Fraktion ist der Meinung, dass es diesen Preis auch wert ist. Wir werden dementsprechend den Rückweisungsantrag der SVP nicht unterstützen.

**Reto Zbinden, SVP:** Da ein Sitzungsunterbruch beantragt ist, möchte ich noch kurz einige Gedanken für diesen Unterbruch mitgeben: Man hat es bereits gehört, wir haben schon mehrmals über solche Bachprojekte diskutiert, der letzte, welchen wir in diesem Parlament abgelehnt haben, kostete CHF 624'000, hier geht es jetzt um CHF 4.2 Mio. für 300m Bachlauf.

Wir sind nicht einmal per se gegen diese Revitalisierung. Roland Hofer hat es sehr gut gesagt, wir sind dort dafür, das macht absolut Sinn, aber es würde Sinn machen, das Ganze mit dem effektiven Projekt Rappentöri zu koordinieren, welches schon lange brach liegt und schon lange realisiert werden sollte. Wenn man dort endlich etwas vorwärts machen würde und diese Baurechtszinsen realisieren könnte, dann würde man dieses Projekt problemlos vermögen. Darum könnte man es auch koordinieren und dann wären diese 20% problemlos einzusparen. Man könnte mit dem Projekt genügend Synergien nutzen – das wäre unser Input für die ganze Geschichte. Machen wir es doch so, dann können wir etwas Kosten sparen und schlussendlich haben wir die Baurechtszinsen realisiert und alles ist gut. Danke für die Unterstützung unseres Antrags.

**Gemeinderat Hansueli Pestalozzi, Grüne:** Zuerst danke Sandra Röthlisberger für die gute Zusammenfassung des Projekts. Ihr habt es alle gesagt, es liegt ein Rückweisungsantrag vor, ich werde vor allem dazu Stellung nehmen.

Es ist so, die ursprüngliche Kostenschätzung ist zehnjährig und ist daher auch sehr unpräzise. Man hat damals vor allem geschaut, ob es technisch machbar ist, den Bach umzulegen und man hat gesehen, ja, es ist technisch machbar und hat die Kosten ganz grob auf diese CHF 800'000 geschätzt. Als wir dieses Projekt genau angeschaut haben, um euch diesen Kredit beantragen zu können, da sind wir selber erschrocken – vor allem ich bin selber erschrocken – wie hoch dieser Betrag ist. Ich kann daher sehr gut nachvollziehen, was ihr jetzt gesagt habt, dass die Kosten wirklich einfach sehr hoch sind.

Ich wollte dann wissen, wie eine solche Kostensteigerung möglich ist und das Resultat ist der Parlamentsantrag, welchen ihr jetzt vor euch habt. Wir versuchten sehr detailliert aufzuzeigen, zu begründen, warum es zu dieser Kostensteigerung gekommen ist. Ein Haupttreiber sind die höheren Anforderungen, also schlicht die gesetzlichen höheren Anforderungen. Der Gewässerraum wurde verbreitert, es gab auch ökologisch höhere Anforderungen durch das BAFU. Wir mussten eine Entschädigung für die Pacht aushandeln, welche noch 30 Jahre weiter geht. Wenn wir dort aus diesem Pachtvertrag nicht rauskommen, können wir gar nichts machen. Es sind neue Brücken enthalten, zum Beispiel die Brücke des Veloweges, diese ist in diesem Projekt enthalten, doch die könnte man auch dem Veloweg verrechnen. Es gibt noch weitere Gründe für diese Mehrkosten, welche ihr alle vor euch habt, das ist ausführlich beschrieben. Ihr seht auch im Antrag, wir haben wirklich viele Varianten geprüft und wir haben uns für diese entschieden, welche technisch und auch finanziell am meisten überzeugt.

Ein Beispiel: Ursprünglich war geplant, dass dieser Sulgenbach, wenn er beim Spielplatz eingedolt wird, rechtwinklig um die Kurve geht - dort wo jetzt der Aldi und die Swisscom sind – und dann in den bestehenden Kanal in der Stapfenstrasse geleitet wird. Das wäre günstiger. Aber, weil dort der Kanton den Gewässerraum von 3m auf 6m erweitert hat, hätte man das Untergeschoss des Rappentöri nicht ganz bauen können, sondern hätte dieses zurückversetzen müssen. Das hat man dann abgelehnt, also musste der Bach mit dem Gewässerraum weiter unten durchs Boskett hindurch. Man hätte dort etwa die Hälfte der Bäume entfernen müssen und vor allem beim rechten Winkel, dort wird dann das Geschiebe drin hängen bleiben und es ist nicht sicher, ob dies wirklich hydraulisch funktioniert. Es könnte sein, dass dies dann deutlich höhere Unterhaltskosten geben würde, wenn man das durchführen würde und gleichzeitig würde man dieses Boskett über Jahre, wenn nicht über Jahrzehnte quasi zerstören. Es würde also sehr lange gehen, bis dies wieder in dem Zustand ist, wie es jetzt ist. Darum haben wir uns aus technischen Gründen dazu entschieden, dass wir geradeaus gehen, unter der Schwarzenburgstrasse durch und im Bereich Migros dann in den Kanal des Sulgenbachs einleiten.

Es ist ein in sich abgestimmtes Gesamtprojekt. Ihr seht auch, die ökologischen Anforderungen, auch das gibt Mehraufwand, aber – und da muss ich wirklich sagen – wenn wir dort Abstriche machen, kann es sein, dass wir uns ins eigene Fleisch schneiden, denn die Beiträge des Kantons und des Renaturierungsfonds, diese sind auch davon abhängig. Diese sind unter anderem von der ökologischen Qualität abhängig und ihr habt diese Tabelle, ihr seht die Beiträge, welche es im Minimum gibt und die Beiträge, welche es im Maximum gibt. Diese Höhe hängt unter anderem von der ökologischen Qualität ab und das variiert bis zu CHF 1 Mio. Wenn wir also dort Abstriche machen, könnte es sein, dass dies die Gemeindekasse schlussendlich teurer zu stehen kommt.

Vielleicht noch zur zeitlichen Dimension: Es herrscht Fachkräftemangel. Wir konnten jetzt für die nächsten Monate Arbeitsressourcen bzw. Ingenieursleistungen für Planungen reservieren. Diese sind bereitgestellt. Wenn wir dieses Projekt zurücknehmen, überarbeiten und ein günstigeres Projekt ausarbeiten müssen, dann ist dies auch wieder mit nicht unwesentlichen Umplanungskosten verbunden. Auch das muss wieder technisch überprüft werden und ob dann die Ingenieurleistungen noch zur Verfügung stehen, ist nicht sicher.

Es wurde verschiedentlich gesagt, dass man dies nur gut mit dem Hauptprojekt koordinieren muss. Jawohl, wir werden dies sehr gut mit dem Hauptprojekt koordinieren. Das kann ich dir, Reto Zbinden, wirklich zusichern. Aber da ist die Voraussetzung, dass wir mit dem Wasserbauprojekt bereit sind, dann, wenn auch das Baugesuch bewilligt ist. Das dümmste, was uns passieren kann ist, dass das Baugesuch für das Rappentöri bewilligt ist und wir mit dem Wasserbaubewilligungsverfahren noch nicht soweit sind und dann würde das Ganze insgesamt auch wieder verzögert. Darum wollen wir beides vorantreiben, so, dass wir dann wirklich den Bau optimal koordinieren können, damit wir die gleichen Bagger brauchen und damit wir diese Synergien nutzen können.

Und noch etwas kann ich euch versprechen: Wir werden bei der Planung und vor allem bei der Detailplanung alles daran setzen, dass wir diese Massnahmen so kostengünstig wie möglich werden umsetzen können und dass wir diese hohen Beträge für die Risiken, welche jetzt noch im Kostenvoranschlag enthalten sind, nicht beanspruchen müssen. Das kann ich euch versprechen und darum bitte ich euch, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

### **Antrag auf Sitzungsunterbruch**

(Abstimmung: Grossmehrheitliche Zustimmung)

### **Fortsetzung der Diskussion:**

**Sandra Röthlisberger, GLP:** Ich bin euch noch unser Abstimmungsverhalten schuldig: Wir werden grossmehrheitlich den Anträgen der SVP nicht zustimmen, 3 sind aber dafür und 1 Enthaltung wird es geben. Und wenn die Anträge nicht durchkommen, werden wir den Anträgen des Gemeinderates folgen.

### **Beschluss über Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion**

Das Parlament lehnt folgenden Rückweisungsantrag ab:

Die SVP-Fraktion stellt den Antrag das Geschäft mit folgendem Auftrag zurückzuweisen:  
Das Projekt ist zu überarbeiten und mit Kosteneinsparungen von mind. 20% dem Parlament erneut vorzulegen.

(Abstimmungsergebnis: 22 Stimmen gegen Rückweisung, 13 Stimmen für Rückweisung, 1 Enthaltung)

### **Beschluss über Antrag des Gemeinderats**

Für das Projekt "Rappentöri, Revitalisierung Sulgenbach, Wasserbauprojekt" wird ein Bruttokredit von CHF 4'200'000.- (inkl. MwSt., zuzüglich allfälliger Teuerung), zulasten Konto 5120.5020.7201 "Sulgenbach Rappentöri, Wasserbauprojekt" bewilligt.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

(Abstimmungsergebnis: 26 Stimmen dafür / 10 Stimmen dagegen / 1 Enthaltung)

PAR 2024/104

### **Wangental Renaturierung Reinhardere-, Bockli-, Studweidbach, Sanierung Freiburgstrasse** Verpflichtungskredit; Direktion Umwelt und Betriebe

#### **1. Ausgangslage**

##### *Sanierung Freiburgstrasse*

Der Kanton Bern plant die notwendige Sanierung der Freiburgstrasse, um den hohen Anforderungen aller Verkehrsteilnehmenden künftig gerecht zu werden. Die Freiburgstrasse zwischen Bern und Thörishaus ist stark befahren (Durchschnittlicher Tagesverkehr (DTV) > 7'000) und weist, aufgrund der im Wangental ansässigen Unternehmen (Kiesabbau, Betonwerk, Belagswerk, Recycling), einen hohen Schwerverkehrsanteil (> 8%) auf. Sie ist zudem eine der letzten grossen Ausfallachsen ohne durchgehende Radstreifen und gesicherte Fusswege.

### *Abstimmung zwischen Kanton Bern und Gemeinde Köniz*

Am 2. Dezember 2015 verpflichteten sich der Kanton Bern und die Gemeinde Köniz mittels der Zielvereinbarung "Vorprojekt / Mitwirkung Sanierung Freiburgstrasse Wangental" zur Sanierung der Freiburgstrasse. Dieser Vereinbarung zwischen der Gemeinde Köniz und dem Kanton Bern hat der Gemeinderat zugestimmt (GRB 8/16). In der Zielvereinbarung ist explizit festgehalten, dass ökologische Aufwertungen und Vernetzungen durch Revitalisierungen oder zumindest die Aufwertung der strassenquerenden Bäche erfolgen soll.

### *Bäche im Projektperimeter*

Im Perimeter Oberwangen, Bahngässli /Meriedweg bis Schorrgasse des Sanierungsprojekts Freiburgstrasse (Bauausführung April 2025 bis August 2026) queren die drei Bäche Reinhardere-, Bockli- und Studweidbach die Kantonsstrasse. Die Bäche sind dabei über weite Abschnitte eingedolt oder sind aus ökomorphologischer Sicht als wenig natürlich einzustufen (Verlauf in Betonhalbschalen, ungenügende Gerinnebreite, wenige Kleinstrukturen, etc.).

Die Durchlässe unter der Kantonsstrasse sind zudem hydraulisch ungenügend. Die bestehenden Einlaufbauwerke mit Schwemmholzrechen und die drauffolgenden Betonröhren genügen den Anforderungen seitens Hochwasserschutz und Ökologie nicht. Insbesondere am Reinharderebach sind häufige Überschwemmungsereignisse bekannt. Deshalb ist es im Sinn des Hochwasserschutzes und der Ökologie angezeigt, im Zuge der Sanierungsarbeiten die drei Bäche soweit möglich und sinnvoll offenzulegen und neu zu gestalten.

### *Projekt SBB*

Die SBB plant einen Ausbau der Bahnlinie zwischen Flamatt und Bern Bümpliz (Projekt "WAKO" Doppelstockzüge mit Wankkompensation), für welchen grosse Installations- und Zwischenlagerflächen im Bereich des Reinharderebachs (Parz. Nr. 1809) vorgesehen sind. Aus diesem Grund werden die Renaturierungsmassnahmen am Reinharderebach unterhalb der Freiburgstrasse erst nach Fertigstellung des WAKO-Projektes umgesetzt. Auf die ökologische Aufwertung des Reinharderebachs entlang der SBB-Gleise wird verzichtet. Die Revitalisierung dieses Teilstücks wird dann durch die SBB initiiert.

### *Wasserbaubewilligung und Realisierung*

Das Bauvorhaben wurde gemäss Wasserbaugesetz des Kantons Bern über ein Wasserbaubewilligungsverfahren (WBB) abgewickelt und im Juli 2024 bewilligt.

Die Realisierung, Sanierung der Freiburgstrasse, soll ab Frühjahr 2025 bis Herbst 2026 erfolgen und mit den wasserbaulichen Massnahmen (Revitalisierungen) koordiniert werden.

Die Bewilligung der Strassendurchlässe inkl. der Ein- und Auslaufbauwerke erfolgte mit der vorliegenden Wasserbaubewilligung. Die gesamten Kosten für die Durchlässe sowie die Ein- und Auslaufbauwerke gehen zu Lasten des kantonalen Strassensanierungsprojekts.

## **2. Renaturierungs- und Hochwasserschutzprojekt**

Das Projekt ist mit der Sanierung der Freiburgstrasse abgestimmt und verfolgt das Ziel, die drei Bäche soweit als möglich offenzulegen und ökologisch aufzuwerten. Dies ist sowohl aus Gründen des Hochwasserschutzes, wie auch des ökologischen Wertes der Bäche sinnvoll.

Wie oben erwähnt, kommt es insbesondere beim Reinharderebach immer häufiger zu Überschwemmungen, zudem stellt die Freiburgstrasse als stark befahrene Strasse eine gefährliche, nahezu unüberwindbare Barriere für diverse Kleintiere dar. Um Hochwassern oberhalb der Freiburgstrasse vorzubeugen werden die Durchlässe z.T. in geeigneteres Terrain verlegt und deren Durchlassvermögen erhöht. Diese werden zudem so gestaltet, dass sie von Kleintieren als Durchgang genutzt werden können. Die stellenweise Ausdolung der Bäche und die ökologische Umgestaltung der Böschungen erhöht zusätzlich den Hochwasserschutz und es können neue Habitate geschaffen werden. Die ökologische Gestaltung resp. der neue attraktive Lebensraum im Einzugsgebiet der Durchlässe führt zu einer stärkeren Nutzung durch die Kleintiere, was die Vernetzung zusätzlich erhöht. Durch die Nähe der drei Bäche, deren Quervernetzung durch den Reinharderebach, und die Durchlässe, welche als Korridore dienen, entsteht so ein neues wertvolles System gut vernetzter Lebensräume.



Die Durchlässe sind am Eingang mit einem Schwemmholzsammler und am Ausgang mit einem Sandfang ausgestattet. Die vorgängigen und die anschliessenden Bachläufe werden wo möglich ausgedolt. Die neuen und auch die bestehenden Böschungen innerhalb des Projektperimeters werden ökologisch aufgewertet. Der Ausbau ist für alle drei Bäche beim gesamten Gerinne inkl. Durchlass so ausgelegt, um einem 100-jährliches Hochwasser standzuhalten. Im Folgenden sind die drei Teilprojekte kurz erläutert. Details können dem technischen Bericht entnommen werden.

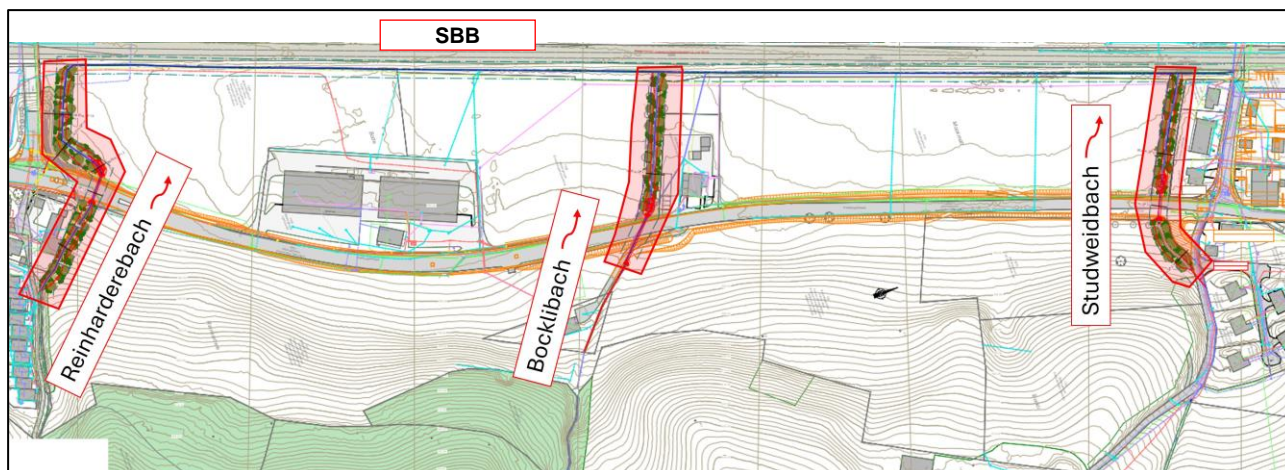


Abbildung 1: Situationsplan mit den drei Teilprojekten. Ein detaillierterer Plan findet sich in der Beilage.

#### **Teilprojekt Studweidbach; Ausführung Mai bis Juni 2025**

Details: Technischer Bericht, Seite 20

Der Bach wird oberhalb der Freiburgstrasse auf einer Länge von rund 38 Meter offengelegt und unterquert anschliessend die Freiburgstrasse via einen neuen Durchlass. Der Durchlass verfügt am oberen Ende über einen Schwemmholzsammler und am unteren Ende über einen Sandfang. Er wird so gestaltet, dass er für Kleintiere durchlässig ist. Der Studweidbach wird anschliessend offen bis zum bestehenden Reinharderebach geführt. Die Kosten des Durchlasses und der Infrastruktur (Schwemmholzsammler/Sandfang) übernimmt der Kanton, der Unterhalt des Durchlasses und der Infrastruktur obliegt dem Strasseninspektorat.

#### **Teilprojekt Bocklibach; Ausführung Mai bis September 2025**

Details: Technischer Bericht, Seite 20

Der Bocklibach weist oberhalb der Freiburgstrasse eine starke Verkräutung auf. Er soll daher auf rund 65 Meter mit geeigneten Massnahmen (lokale Aufflichtung, Ergänzung der Bestockung, ökologischen Kleinstrukturen) entsprechend aufgewertet werden. Der Durchlass ist analog zum Studweidbach gestaltet. Der Bocklibach wird danach offen bis zum Reinharderebach geführt. Die Kosten des Durchlasses und der Infrastruktur (Schwemmholzsammler/Sandfang) übernimmt der Kanton, der Unterhalt des Durchlasses und der Infrastruktur obliegt dem Strasseninspektorat.

#### **Teilprojekt Reinharderebach; Ausführung September bis Dezember 2025**

Details: Technischer Bericht, Seite 17

Oberhalb der Freiburgstrasse wird der Reinharderebach lokal aufgewertet und instandgesetzt. Die bestehende Bestockung wird durch standortgerechte Sträucher ergänzt. Es werden Kleinstrukturen (Ast- und Steinhäufen, Kieslinsen, etc.) zur ökologischen Aufwertung angelegt. Bevor der Bach die Freiburgstrasse unterquert wird er auf einem Abschnitt vom 64 Meter renaturiert. Hierfür wird die bestehende Betonschale entfernt und das neue Gerinne mit einer variablen Sohlenbreite und Böschungsneigungen (Flach- bis Steilufer) neu erstellt. Der Durchlass ist analog zum Studweidbach gestaltet. Unterhalb des Sandfangs wird der heute eingedolte Reinharderebach entlang der bestehenden Strassenböschungen neu offen weitergeführt. Die Offenlegung bzw. Revitalisierung reicht bis zur Stelle, wo der Reinharderebach bereits heute offen fliesst.

Die Kosten des Durchlasses und der Infrastruktur (Schwemmholzsammler/Sandfang) übernimmt der Kanton, der Unterhalt des Durchlasses und der Infrastruktur obliegt dem Strasseninspektorat.

### 1.1 2.1 Einbezug der Grundeigentümer:innen

Im September 2021 wurden mit den direkt betroffenen Eigentümer:innen und/oder Pächter:innen erste Gespräche geführt: Das Projekt wurde vorgestellt und die Wünsche und Bedenken erfasst und so weit möglich berücksichtigt. Es hat sich gezeigt, dass keine Partei prinzipielle Einwände gegen die Revitalisierungsprojekte hat.

Im Oktober 2022 wurden sämtliche betroffenen Grundeigentümer:innen durch die Gemeinde nochmals über den aktuellen Projektstand informiert und gleichzeitig eine schriftliche Einsichtsbestätigung eingeholt.

## 3. Finanzen

Die Durchlässe sowie deren Einlauf- und Auslaufbereiche (je rund 5 m ober- und unterhalb des Durchlasses, inkl. Schwemmholzsammler und Sandfänge) gehen zu Lasten des Kantons. Diese Kosten sind in der nachfolgenden Zusammenstellung schon exkludiert. Es werden nur die Kosten dargelegt und beantragt, welche zu Lasten der Gemeinde Köniz fallen.

Das planende Ingenieurbüro (Kissling und Zbinden AG) veranschlagt im technischen Bericht des Wasserbaubewilligungsverfahren die Kosten mit einer Genauigkeit von +/- 10 %. Aufgrund der nun effektiv tiefer ausgefallenen Nachofferte für das Ausführungshonorar (SIA 41 bis 53) sind die veranschlagten, in der nachfolgenden Tabelle aufgeführten Kosten jedoch tiefer. Die untenstehende Tabelle (Tabelle 1) fasst die Kosten zusammen.

Im IAFP 2025 sind folgende Beträge von total CHF 550'000 (2025: 155'000; 2026; 185'000; 2027 CHF 210'000) eingestellt.

Was	Kosten (CHF)	Bemerkungen
Baumeisterarbeiten	389'900.00	
Planerhonorar inkl. Zusatzleistungen und Nebenkosten	103'800.85	
Inkonvenienzen, Geometer, Beweissicherung, etc.	10'000.00	
Unvorhergesehenes, Verschiedenes, Risiken	46'340.15	
Bewilligungs- und Prüfungsgebühren	5'000.00	Nicht subventionsberechtig
<b>Subtotal</b>	<b>555'041.00</b>	
MwSt. 8.1%	44'959.00	
Vorleistungen	127'000.00	GRB 2021/337
<b>Total Kosten inkl. MwSt.</b>	<b>727'700.00</b>	
Bereits bewilligter Kredit Gemeinderat	-127'000.00	GRB 2021/337
<b>Total beantragter Kredit</b>	<b>600'000.00</b>	
Aktivierte interne Leistungen	12'700.00	GRB 2021/337
Zu aktivierende interne Leistungen (3%)	18'000.00	
<b>Gesamtkosten (Total Kosten + interne Leistungen)</b>	<b>757'700.00</b>	

**Tabelle 4: Kostenveranschlag** für die Revitalisierung gemäss dem technischen Bericht der K+Z AG, revidiert

### 3.1 Folgekosten

Die direkten Folgekosten der Revitalisierung bzw. der Investitionen können der Folgekostentabelle (Beilage) entnommen werden.

Der Unterhalt der Durchlässe inkl. Einlauf- und Auslaufbauwerke sowie der Sandfänge obliegt dem Strasseninspektorat des Kanton Berns. Den Unterhalt der Gewässer (betrieblicher und baulicher Unterhalt) übernimmt die Gemeinde. Es werden ab Fertigstellung der Anlage der Gemeinde zusätzliche Kosten entstehen. Dies als Sachkosten und als Personalkosten in der Abteilung Umwelt und Landschaft. Die AUL wird den Unterhalt im Rahmen des Gewässerunterhalts durchführen und rechnet mit zusätzlichen Kosten von ca. CHF 5'000.00/Jahr welche in der Erfolgsrechnung eingestellt werden müssen.

### 3.2 Finanzierung

#### Subventionen

Für die Revitalisierung können beim Kanton, Oberingenieurkreis II (OIK II), und beim Renaturierungsfonds (RenF) je ein Subventionsgesuch gestellt werden. In der Regel können beim OIK II zwischen 50 bis 75% und beim RenF ca. 20% an die Restkosten (exkl. Bewilligungs- und Prüfungsgebühren sowie interne Leistungen) als Subvention beantragt werden.

Subventionen Gegenstand	Minimum		Maximum		Realistisch	
	Subv.	CHF	Subv.	CHF	Subv.	CHF
Kredit		722'000		722'000		722'000
OIK	50%	361'000	75%	541'500	60%	433'200
RenF (Anteil an Restkosten)	0%	-	20%	36'1000	10%	28'880
Total Subventionen	50%	361'000	80%	577'600	64%	462'080
Restkosten Gemeinde		<b>361'000</b>		<b>144'400</b>		<b>259'920</b>

**Tabelle 5: Subventionen** Es kann mit Subventionen in der Höhe zwischen CHF 361'000 und CHF 577'600 gerechnet werden, d.h. es fallen («netto») Kosten für die Gemeinde zwischen CHF 361'000 und im besten Fall von CHF 144'400 an.

#### Entnahme aus der Spezialfinanzierung Ausgleich von Planungsvorteilen

Das vorliegende Projekt erfüllt die Anforderungen zur Finanzierung aus der Spezialfinanzierung "Ausgleich von Planungsvorteilen".

Der Gemeinderat hat beschlossen für die Revitalisierung Renaturierung Reinhardere-, Bockli-, Studweidbach den Betrag von höchstens CHF 260'000.- aus der Spezialfinanzierung „Ausgleich von Planungsvorteilen“ zu entnehmen. Damit würde der Steuerhaushalt je nach Subventionsanteil noch mit max. CHF 101'000.- belastet.

### 4. Termine

Die Renaturierungen sollen, Stand heute, bautechnisch abhängig und zeitlich der Sanierung Freiburgstrasse und koordiniert mit dem SBB Projekt realisiert werden. Ziel ist die Fertigstellung im Jahr 2026. In Abstimmung mit diesen Drittprojekten sieht der Terminplan für die Renaturierungen aktuell wie folgt aus:

Was	von-bis
Ämtervernehmlassung	Sommer 2023
Wasserbaubewilligungsverfahren (WBB)	April 2024, Bewilligung liegt seit Juli 2024 vor
Genehmigung Realisierungskredit	November 2024
Erarbeiten des Ausführungsprojekts	Februar 2025 April 2025
Submission und Vergabe	April 2025
Realisierung	Mai 2025 bis Juni 2026
Inbetriebnahme	Juli 2026

### 5. Folgen bei Ablehnung des Kredites

Die drei Seitenbäche können nicht revitalisiert werden. Die Gemeinde verpasst es ein Projekt in Zusammenarbeit mit dem Kanton, in Bezug auf Sanierung der Kantonsstrasse zu realisieren. Die Strassendurchlässe werden durch den Kanton bei der Strassensanierung an den bestehenden Orten erstellt. Bei einer künftigen Revitalisierung müssten dann die Bachdurchlässe auf eigene Kosten verlegt werden.

## Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Für das Projekt Wangental Renaturierung Reinhardere-, Bockli-, Studweidbach, wird ein Kredit von CHF 600'000 (inkl. MwSt. zuzüglich allfälliger Teuerung) zu Lasten Konto 5120.5020.7650, Wangental Renaturierung Reinhardere-, Bockli- und Studweidbach bewilligt.

Köniz, 9. Oktober 2024

Der Gemeinderat

## Beilagen

- 1) Situationsplan Renaturierung Reinhardere-, Bockli-, Studweidbach
- 2) Technischer Bericht Renaturierung Reinhardere-, Bockli-, Studweidbach
- 3) Folgekostenformular Renaturierung Reinhardere-, Bockli-, Studweidbach

## Diskussion

**GPK-Referentin, Sandra Röthlisberger, GLP:** Vorab danke ich Gemeinderat Hansueli Pestalozzi und seinen Fachleuten auch hier für die Beantwortung meiner Fragen bei der Geschäftsprüfung.

Wir bleiben beim Thema, dieses Geschäft hat aber ganz andere Parameter. Die GPK stellt einstimmig fest, dass die für den Entscheid notwendigen Informationen und Unterlagen vorliegen.

- Um was geht es? Das Projekt im Wangental zielt darauf ab, drei Bäche – den Reinhardere-, Bockli- und Studweidbach – wieder natürlicher zu gestalten. Diese Bäche sind im Moment oft in Betonröhren oder in engen Kanälen eingezwängt. Ausgelöst wird dieses Vorhaben durch die Sanierung der Freiburgstrasse. Die Kantonsstrasse ist stark belastet. Der Kanton setzt dieses lang ersehnte Projekt jetzt endlich um. Im Weiteren plant die SBB eine Trasseeverbreiterung.
- Was sind die Vorgaben? Es besteht eine Zielvereinbarung zwischen dem Gemeinderat und dem Kanton, welche vorsieht, dass eine ökologische Infrastruktur – also Vernetzungsstrukturen - durch die Revitalisierung der Bäche geschaffen werden soll. Auch hier ist die Gemeinde wasserbaupflichtig, das Vorhaben kann nicht delegiert werden. Für die Offenlegung der Bäche besteht aber keine rechtliche Vorgabe. Auch hier möchte der Gemeinderat das Biodiversitätskonzept und das Legislaturziel umsetzen.
- Was wird damit erreicht? Die Revitalisierung der Bäche generiert eine ökologische Vernetzung im Wangental. Es werden Lebensräume für Tiere und Pflanzen geschaffen. Und für uns Menschen verbessert sich das Umfeld ebenso. Ein weiterer Aspekt ist der Hochwasserschutz: Die neuen, natürlichen Bachläufe können Wasser besser aufnehmen und so das Risiko von Überschwemmungen verringern. Nicht zuletzt werden die Bäche die Landschaft aufwerten. Mit der geplanten Siedlungsentwicklung – Stichwort Station Oberwangen - wird der Naherholungsraum im Wangental wichtiger.  
Es geht Fruchtfolgefläche verloren: Rund 2'100 m<sup>2</sup>. Fläche, welche für den Lebensmittelanbau benötigt wird, muss zugunsten von Biodiversitätsförderflächen aufgegeben werden.
- Was wird gemacht? Die Bäche werden teilweise wieder an die Oberfläche gebracht und es werden natürliche Ufer gestaltet. Die Stellen, an denen die Bäche unter Straßen hindurchfliessen, - also die sogenannten Durchlässe - werden so umgebaut, dass sie für Tiere besser passierbar sind. Der Technische Bericht im Anhang des Parlamentsantrag zeigt die hohe Komplexität und die vielen Schnittstellen zu den kantonalen Fachstellen. Das Bauwerk selber ist aber weit weniger technisch als der Sulgenbach im vorherigen Traktandum.
- Was kostet das? Die Durchlässe sind Teil des kantonalen Strassenprojektes und müssen nicht eingerechnet werden. Diese Kosten trägt der Kanton. Die Gemeinde Köniz ist für die Planung und Umsetzung der Bachrenaturierung beidseits der Strasse verantwortlich. Der Bruttokredit beträgt CHF 600'000.

Nach Abzug der Subventionsbeiträge seitens OIK und RenF (Renaturierungsfonds) und CHF 260'000 Entnahme aus der Spezialfinanzierung Ausgleich von Planungsvorteilen, bleiben steuerfinanziert ca. CHF 100'000 übrig. Die Kostengenaugigkeit beträgt in dieser Planungsphase bereits +/- 10% - natürlich abgesehen von der Höhe der Subventionsbeiträge, welche noch nicht genau genannt werden können.

Die Verhandlungen über die Entschädigung der Grundeigentümer und Pächter für den Verlust der Fruchtfolgefläche sind noch ausstehend. In der Regel werden aber für die Revitalisierung der Bäche keine Ertragsausfallentschädigungen bezahlt, weil das verlorene Land neu als Biodiversitätsförderfläche angerechnet werden kann. Allfällige Ausgleichszahlungen sind im Kredit eingepreist.

- Zum Zeitplan: Die Planung und Realisierung der drei Bauprojekte – Strasse, Schienen und Bäche – werden von einem Ingenieurbüro geplant und koordiniert. Die Realisierung ist aufeinander abgestimmt. Die Realisierung ist bereits im nächsten Jahr und bis 2026 vorgesehen.
- Was sind die Folgen bei Ablehnung? Die drei Seitenbäche können nicht revitalisiert werden. Die Strassendurchlässe werden durch den Kanton bei der Strassensanierung an den bestehenden Orten erstellt und es gibt keine weitere Aufwertung.

Fazit: Die GPK empfiehlt dem Parlament, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen: Abstimmungsergebnis: 5 dafür, 0 dagegen, 1 Enthaltung.

**Fraktionssprecher/in Grüne/Junge Grüne, Christine Müller, Grüne:** Als wir den letzten Jahresbericht zur Kenntnis genommen haben, monierte ich, dass es im Bereich der Biodiversitätsförderung noch Luft nach oben gibt. Umso mehr Freude habe ich am vorliegenden Antrag, welcher beispielhaft zeigt, wie man verschiedene Ziele und Prozesse auf geschickte Art und Weise kombinieren kann.

Hand in Hand mit der Sanierung der Freiburgstrasse wird der Hochwasserschutz verbessert und das Verkehrsnetz für Kleintiere ausgebaut. Diese erhalten bei der gleichzeitigen Renaturierung der drei Bäche eine durchgängige Vernetzung, welche ihre Habitate ausbaut und verbindet.

Auch bei der Finanzierung hat der Gemeinderat geschickt die verschiedenen Töpfe für Subventionen und Spezialfinanzierungen angezapft, so, dass der Steuerhaushalt nur minimal belastet wird.

Kurz und knapp: Wir Grünen/Junge Grünen danken dem Gemeinderat für die vorbildhafte Planung. Wir sind klar für diesen Autobahnausbau für Kleintiere und stimmen dem Kredit einstimmig zu.

Ich wende mich an die SVP-Fraktion: Klar wir haben das vollste Verständnis dafür, dass bei einem solchen Ausbau Fruchtfolgeflächen verloren gehen. Für uns steht aber die Notwendigkeit des Hochwasserschutzes im Vordergrund und auch die Renaturierung der drei Bäche, darum lehnen wir den Antrag der SVP ab.

**Fraktionssprecher/in SVP, Roland Hofer:** Die SVP-Fraktion ist das Sprachrohr für das ländliche Gebiet und die landwirtschaftlichen Anliegen. Das Geschäft kommt zwar sehr gut aufbereitet und übersichtlich daher und bildlich ist es auch gut dargestellt - inhaltlich können wir diesem Geschäft aber so sicher nicht zustimmen.

Mit der Öffnung und Renaturierung dieser drei Bäche wird besonders auf der westlichen Seite der Freiburgstrasse viel gutes und fruchtbares Kulturland zerstört. Die Könizer Landwirtschaftsbetriebe unterstützen die Biodiversität, aber Biodiversitätsförderflächen müssen gut gewählt werden und nicht flache und gut zugängliche Fruchtfolgeflächen konkurrenzieren und zerstören. Es gibt genügend passendere Standorte, wie zum Beispiel jenen, welchen wir im vorhergehenden Geschäft behandelt haben.

Das Argument des Naherholungsgebiets erachten wir auch nicht als so wertvoll, wie es erwähnt wurde. Das Gebiet befindet sich zwischen der Freiburgstrasse, den Bahngleisen und der Autobahn. Das Wangental ist vom Forst umgeben und der ländlichen Umgebung von Herzwil und Liebewil, welche schon heute als grosses und viel genutztes Naherholungsgebiet genutzt wird.

Zu den 2'140m<sup>2</sup> Fruchtfolgefläche, welche durch dieses Projekt verloren gehen, nimmt auch das LANAT in seinem Fachbericht unter Punkt 1.7 klar Stellung. Die SVP-Fraktion hat sich gefragt, ob wirklich zwingend alle drei Bäche in diesem Gebiet offen gelegt werden müssen? Bei Starkregen macht eigentlich mehrheitlich der Reinharderebach wegen Überschwemmungen Probleme. Gleichzeitig ist auch zu erwähnen, dass im Bockli- und Studweidbach manchmal sehr wenig Wasser fliesst und in trockenen Sommern, gar keines. Wir fragen uns, ob es nicht eine Zwischenlösung geben würde? Zum Beispiel die Renaturierungen an der Hanglage oberhalb der Freiburgstrasse, mit allen neuen Durchgängen bei der Strassensanierung. Da liegen die Kosten ja beim Kanton. Und es wird nur der Reinharderebach komplett offen gelegt - dieser liegt am Rand zum Siedlungsgebiet Thörishaus.

Die SVP-Fraktion bezieht hier klar ihre politische Haltung: Keine Verschwendung von guten Fruchtfolgefächern. Immer mehr Wachstum und Menschen, immer weniger Fläche um regionale Lebensmittel produzieren zu können - das ist keine gesunde Entwicklung.

Was noch zu diesen geplanten Massnahmen im Wangental erwähnenswert ist, das sind eine gute Koordination und die Rücksicht auf die Bevölkerung und ihre Mobilität. Laut SBB-Infoblatt gibt es im Zeitraum von Ende Juni bis Ende August eine Totalsperrung der Bahnlinie Bern-Fribourg. Und somit fahren Bahnersatzbusse auf der Freiburgstrasse. Der Zeitraum der Ausführung dieser Renaturierung im vorliegenden Geschäft und die Ersatzbusse überschneiden sich und somit ist die Mobilität der Bevölkerung im Gebiet und den angrenzenden Regionen beeinträchtigt und die Verbindung der S1 und S2 könnte problematisch werden.

Die SVP-Fraktion stellt den Antrag, das Geschäft zurückzuweisen. Ihr findet den Antrag und die Begründung auf der Tischvorlage.

**Jürg Mosimann, Mitte:** Ich komme von diesem Hügel, aus Liebewil, wo dieses Bächlein durchfliesst oder entspringt. Zudem war ich auch in der Bachholzgruppe, das heisst in dieser Gruppe, welche von der Gemeinde her diese Bäche pflegt. Zuletzt war ich auch noch in der Feuerwehr und hatte auch dort zweimal einen Einsatz in dieser Region, als das Wasser gekommen ist. Und es ist tatsächlich so, dass nur dieser Reinharderebach Probleme machte - wegen der anderen Bäche musste ich nie ausrücken. Von daher kann man das, was die SVP mit ihrem Antrag will, unterstützen.

Dann möchte ich mich noch zur Naherholung äussern: Diese Bäche, wie sie dort geplant wurden, da sehe ich in den Plänen keinen Weg. Ich sehe kein Weg, wo man mit dem Traktor fahren könnte, um diese zu pflegen und ich sehe auch keinen Weg, wo man mit dem Hund durchlaufen könnte. Das ist für mich auf diesem Plan nicht ersichtlich - doch vielleicht schaue ich einfach nicht gut genug. Darum ist diese Naherholung für Menschen sicherlich nicht gewährleistet, das ist kein super Mehrwert. Ich sehe nicht einmal einen Teich dort. Man könnte ja beim Reinharderebach noch ein Teich machen, doch das sehe ich auch nicht. Doch vielleicht verstehe ich einfach zu wenig davon.

Darum motiviere ich meine Fraktion und vielleicht noch die FDP, dem Antrag der SVP zuzustimmen und nur diesen Reinharderebach zu renaturieren. Da vergebte ihr euch nichts und das Kulturland wird dort sowieso nochmals eine Veränderung erleben, wegen der Bahn oder vielleicht wird es ja sogar in zehn Jahren überbaut, dann kann man dann schauen, wie man dies renaturieren will, aber nicht jetzt, das ist komplett falsch.

Ich bin aber dafür, dass man diese Durchlässe bei der Freiburgstrasse macht. Diese muss man machen.

**Gemeinderat Hansueli Pestalozzi, Grüne:** Ich danke Sandra Röthlisberger für die Zusammenfassung. Ihr habt gesehen: Es liegt ein Rückweisungsantrag der SVP mit verschiedenen Punkten vor. Ich habe mir gedacht, ich gehe einfach einmal auf diese Punkte ein:

1. *"Der Fachbericht des LANAT zu den 2'140m<sup>2</sup> verlorengehenden Fruchtfolgefächern ist bei der Projektüberarbeitung zu berücksichtigen"*: Das haben wir gemacht, die gesetzlichen Vorgaben sind eingehalten, das bestätigt dieser Bericht und es gibt in diesem Fall keine Kompensationspflicht für die Fruchtfolgefächern. Der Bericht ist eingehalten und die Flächen im Gewässerraum sind für die Bewirtschaftenden nicht verloren, denn sie können als Biodiversitätsförderflächen angemeldet werden und dann gibt es dafür Direktzahlungen.  
Und noch eine Bemerkung zu den Fruchtfolgefächern: Diese sind ja vor allem im Krisenfall massgebend, wenn wir uns wieder selber ernähren müssen. Und in einem solchen Fall wäre es durchaus auch möglich, näher an diese Bäche heran zu bewirtschaften. Das haben wir angeschaut, das ist auch bei diesen renaturierten Bächen der Fall. In einem solchen Krisenfall mit einer Notproduktion kann es sein, dass diese Gewässerabstände nicht mehr zwingend eingehalten werden müssen.
2. *"Das Projekt ist so zu gestalten, dass möglichst viel Fruchtfolgefächern erhalten werden kann"*: Wir haben dieses Projekt so optimiert, dass die Linienführung dieser offengelegten Gewässer so gewählt ist, dass möglichst wenig dieser Fruchtfolgefächern verbraucht werden und dass auch die Bewirtschaftung dieser Flächen weiterhin gewährleistet bleibt. Ihr seht, die offen gelegten Bäche verlaufen direkt an der Parzellengrenze entlang.
3. *"Bei der Überarbeitung sind die zu erwartenden Unterhaltskosten zu berücksichtigen"*: Das haben wir gemacht. Die Unterhaltskosten sind im Antrag mit CHF 5'000 pro Jahr beziffert.

4. *"Die Renaturierung des Bockli- und des Studweidbachs erfolgt nur in der Hanglage oberhalb der Freiburgstrasse und bei den Durchgängen bei der Freiburgstrasse"*: Diese Forderung macht wenig Sinn, denn die bisherigen Eindolungen genügen bei einem sehr starken Niederschlagsereignis nicht und die Durchgänge, welche jetzt mit der Renaturierung oberhalb der Freiburgstrasse geplant sind, sind an einem anderen Ort, als heute und wo dann die Eindolung weiter geht. Und es ist auch so, dass es gesetzlich verboten ist, neue Eindolungen zu erstellen. Wir müssten also an einem neuen Ort eindolen und das darf man gar nicht. Diese Forderung, nur oben zu renaturieren und unten nicht, diese ist nicht umsetzbar.

Und jetzt noch etwas zur Wasserführung: Diese Bäche muss man auf die maximale Wassermenge dimensionieren. Nach den heutigen Richtlinien sind diese hier auf ein 100jähriges Hochwasserereignis dimensioniert. Das sind 1m<sup>3</sup> Wasser pro Sekunde - ein Kubikmeter ist ziemlich viel: 1'000 Liter Wasser in einer Sekunde. Das ist sehr viel Wasser und das können die heutigen Rohre nicht fassen. Und im Jahr 2014 gab es auch beim Studweid- und dem Bocklibach Überschwemmungen, bei welchen der Rückweisungsantrag fordert, diese jetzt nicht zu renaturieren. Das ist schlussendlich auch ein Schutz und auch eine Aufwertung von Landwirtschaftsland, da das Wasser ansonsten in das Landwirtschaftsland fliessen und dieses überschwemmen würde. Das Landwirtschaftsland wird schlussendlich aufgewertet, auch durch diese Renaturierungen.

Diese Sanierung der Freiburgstrasse ist bereits ein ewiges Projekt. Dieses liegt sicherlich schon mehr als 20 Jahre auf dem Tisch. Dieses ist mit der geplanten Revitalisierung abgestimmt und bei einer Änderung müsste man die ganze Planung wieder neu aufgleisen. Von daher ist es so: Diese Ausdolungen für den Hochwasserschutz sind in diesem Fall einfach alternativlos.

Vielleicht noch ganz kurz zu Jürg Mosimann: Du hast gesagt, es sei kein Weg geplant, um diese Bäche zu pflegen. Das stimmt nicht, du hast die Karte nicht gut genug angeschaut – sie ist aber auch schwierig. Diese sind vorgesehen, diese Zufahrten werden gebaut, um nachher diese revitalisierten Bäche pflegen zu können.

#### **Beschluss über Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion:**

Das Parlament lehnt folgenden Rückweisungsantrag ab:

Die SVP-Fraktion stellt den Antrag das Geschäft mit folgendem Auftrag zurückzuweisen:  
Das Projekt ist zu überarbeiten. Im neuen Projekt ist folgendes zu berücksichtigen:

- Der Fachbericht des LANAT zu den 2'140m<sup>2</sup> verlorengehenden Fruchtfolgeflächen ist bei der Projektüberarbeitung zu berücksichtigen.
- Das Projekt ist so zu gestalten, dass möglichst viel Fruchtfolgefläche erhalten werden kann.
- Bei der Überarbeitung sind die zu erwartenden Unterhaltskosten zu berücksichtigen.
- Die Renaturierung des Bockli- und des Studweidbachs erfolgt nur in der Hanglage oberhalb der Freiburgstrasse und bei den Durchgängen bei der Freiburgstrasse.
- Der Reinharderebach kann vollständig renaturiert werden.

(Abstimmungsergebnis: 24 Stimmen gegen Rückweisung, 11 Stimmen für Rückweisung, 1 Enthaltung)

#### **Beschluss über Antrag des Gemeinderats**

Für das Projekt Wangental Renaturierung Reinhardere-, Bockli-, Studweidbach, wird ein Kredit von CHF 600'000 (inkl. MwSt. zuzüglich allfälliger Teuerung) zu Lasten Konto 5120.5020.7650, Wangental Renaturierung Reinhardere-, Bockli- und Studweidbach bewilligt.

(Abstimmungsergebnis: 24 Stimmen dafür / 8 Stimmen dagegen / 4 Enthaltungen)



PAR 2024/105

## **Regionales Veloverleihsystem 2026 bis 2033 - Betrieb und Infrastruktur, Verpflichtungskredit** Verpflichtungskredit; Direktion Planung und Verkehr

### **1. Ausgangslage**

Seit dem 1. Januar 2019 ist das Veloverleihsystem (VVS) von PubliBike in der Region Bern in Betrieb. Der Veloverleih hat sich etabliert und wird breit genutzt. Es handelt sich um ein niederschwelliges Angebot zum Umstieg auf das Velo und wurde damit Teil der nachhaltigen Mobilitätskette. Die bestehenden Verträge wurden einmalig verlängert und laufen Ende 2025 aus. Gemeinsam mit der Stadt Bern und mehreren Gemeinden im Raum Bern (Karte Beilage 1) hat sich die Gemeinde Köniz an der Ausschreibung für ein erweitertes regionales VVS beteiligt. Die Vergabe an die Firma PubliBike wurde von der Stadt Bern am 4. Juni 2024 kommuniziert ([Medienmitteilung](#)). Das "VVS 2026+" mit einem vergrösserten Einzugsgebiet soll ab 1. Januar 2026 mit neuen Verträgen starten.

Die bisherigen Konditionen von PubliBike für die Stadt Bern und Köniz waren sehr attraktiv. Es war früh absehbar, dass sich dies ab dem 1.1.2026 ändern würde und dass nur Angebote eingehen würden, welche Betriebszuschüsse der beteiligten Gemeinden voraussetzen. Dies hat sich bestätigt. Der zentrale Faktor für die Höhe der künftigen, jährlichen Kosten ist die Zahl der Standorte. Dabei wird zwischen drei Kategorien unterschieden: Stationen im Basisnetz<sup>4</sup>, die als Gesamtpaket zu bestellen sind. Zusätzlich können Stationen im Gebiet des Basisnetzes (Basisnetz Plus) und/oder im übrigen Gemeindegebiet (Periphere Stationen) einzeln bestellt werden.

Für das künftige Veloverleihsystem der Gemeinde Köniz beantragt der Gemeinderat dem Parlament einen Kredit, um das Basisnetz mit wie bisher 17 Standorten sowie 16 zusätzlichen Standorten zu bestellen. Als Beitrag an den Betrieb von insgesamt 33 Standorten entstehen der Gemeinde dabei Kosten von CHF 103'450 pro Jahr. Diese Kosten sind jährlich wiederkehrend während der Vertragsdauer von 8 Jahren. Für Unvorhergesehenes sowie eine allfällige minimale Anpassung des Netzes sind geringe Reserven eingeplant.

Neu müssen die Gemeinden zudem die Infrastruktur der Standorte zur Verfügung stellen. Die Kosten pro Station belaufen sich auf geschätzt rund CHF 8'000. Hinzu kommen Kosten für kleinere bauliche Anpassungen am Standort, zur Erstellung der Baugesuche sowie übergeordnete Kosten. Für die Gemeinde Köniz beziffert sich die Ausrüstung von 33 Standorten auf CHF 396'700. Für Unvorhergesehenes sowie eine allfällige minimale Anpassung des Netzes sind geringe Reserven eingeplant. Diese Kosten sind einmalig für die beantragten Standorte.

Weiter umfasst die Offerte des Anbieters eine Option zur "Mitarbeitendenmobilität": Bereits heute bietet die Gemeinde ihren Mitarbeitenden die Möglichkeit zur Nutzung des Veloverleihsystems. Die Personalabteilung wird dem Gemeinderat einen entsprechenden Kredit zu einem späteren Zeitpunkt beantragen.

Aus Sicht der Gemeinde handelt es sich beim Veloverleihsystem um eine wichtige Ergänzung zum Angebot des öffentlichen Verkehrs mit vertretbaren Kosten. Die Weiterführung des VVS in der Gemeinde Köniz bestätigt den Weg von Gemeinderat und Parlament und unterstützt die Umsetzung der Klima- und Energiestrategie der Gemeinde Köniz 2020-2050.

Der Gemeinderat beantragt somit dem Parlament einen Kredit in der Höhe von CHF 827'600 (Erfolgsrechnung, inkl. Reserven und MWSt) für den Betrieb über die Laufdauer des Vertrages von acht Jahren (2026-2033). Weiter wird ein Kredit in der Höhe von brutto CHF 346'700 (Investitionsrechnung, nach Abzug Spezialfinanzierung Planungsvorteile, inkl. Reserven und MWSt) beantragt für die Infrastruktur der Veloverleih-Standorte.

---

<sup>4</sup> Das Basisnetz der Gemeinde Köniz wurde vom Gemeinderat als Teil der Ausschreibung definiert.



## 2. Aktuelles Veloverleihsystem 2019-2025 in Köniz

Das Teilnetz Köniz von PubliBike startete 2019. Heute können auf Gemeindegebiet an verschiedenen Standorten Velos oder E-Bikes ausgeliehen werden. Davon sind 17 Veloverleih-Standorte Teil des nun auslaufenden Vertrags der Gemeinde. Weitere Stationen sind privat finanziert, stehen aber allen Interessierten zur Verfügung.

Das Veloverleihsystem hat sich auch in Köniz als wichtiger Bestandteil des Mobilitätsangebots etabliert. Die Ausleihzahlen nehmen stetig zu: Laut PubliBike wurden seit der Eröffnung 2019 bis Ende 2023 über 620'000 Fahrten an einer Veloverleihstation in Köniz gestartet oder beendet. Dies entspricht einem Durchschnitt von über 420 Fahrten pro Tag. Die Nutzung ist weiter zunehmend: Von 2020 bis 2023 hat sich die Anzahl der Fahrten mit Start oder Ziel Köniz um rund einen Drittel erhöht.

Die bisherigen Konditionen von PubliBike für die Stadt Bern und Köniz waren sehr attraktiv: Die Gemeinde Köniz hatte damals von der Option profitiert, zum Start zu gleichen Konditionen wie die Stadt Bern Ausleihstationen zu realisieren. Gemäss damaligem Leistungsvertrag von PubliBike mit der Stadt Bern mussten keine Betriebskosten übernommen werden. Heute leistet die Gemeinde Köniz für drei Stationen mit hohem Netznutzen und überdurchschnittlich hohen Betriebskosten einen Beitrag im Umfang von 19'100 CHF pro Jahr.

Die regelmässigen Anfragen und Wünsche für zusätzliche Stationen aus der Bevölkerung zeigen, dass das Angebot einem Bedürfnis entspricht und ein Ausbau gewünscht ist. In den vergangenen Jahren nahm Köniz aufgrund der finanziellen Möglichkeiten und der anstehenden Ausschreibung keine Anpassungen am Standortnetz vor. Verschiedene Private haben jedoch auf eigene Kosten Stationen eingerichtet, so auf dem Gurten, in Gasel, Oberried, Thörishaus Dorf und in Niederwangen.

## 3. Ausschreibung des Veloverleihsystems 2026+

Die Stadt Bern führte in Absprache mit den Partnergemeinden die Ausschreibung für das VVS ab 2026 durch, inklusive Auswertung der Angebote und Vergabe.

### Varianten

Nach der Vergabe haben die Gemeinden die Offerte mit den Konditionen für die drei oben genannten Standort-Kategorien erhalten. Die Gemeinde Köniz hat (wie auch die anderen Gemeinden) folgende Varianten: Sie kann einen Vertrag für das Basisnetz als Ganzes abschliessen. Der Gemeinderat hat das Basisnetz mit einer gegenüber heute unveränderter Anzahl von 17 Standorten festgelegt. Die Gemeinde kann zudem zusätzliche Stationen vereinbaren: entweder aus der Kategorie "Basisnetz Plus" und/oder der Kategorie "Periphere Stationen". In einem separaten Vertrag kann die Gemeinde überdies die Nutzung des VVS für die Mitarbeitendenmobilität regeln. Oder die Gemeinde kann ganz auf das Angebot verzichten und damit aus dem Veloverleihsystem aussteigen.

### Allgemeine Eckwerte der Ausschreibung

In der Ausschreibung für den künftigen Betreiber des Veloverleihsystems 2026+ wurden 2023 mehrere zu erfüllende Eckwerte festgehalten (Zusammenfassung Beilage 2):

- Das VVS bleibt stationsgebunden, so dass die Velos nicht frei abgestellt werden dürfen.
- Wie bisher werden sowohl mechanische Velos als auch E-Bikes zur Ausleihe bereitstehen.
- Das Tarifsystem soll ÖV-Charakter haben, und der Preis für eine Einzelfahrt (Dauer von 30 Minuten) mit dem mechanischen Velo darf nicht teurer sein als ein Libero-Einzelbillett für Zone 101/102 zum Halbtax-Preis. Ebenso ist ein Abo anzubieten.

### Laufzeit des Vertrages

Das VVS 2026+ wurde für eine Laufzeit von acht Jahren ausgeschrieben. Die Gemeinden haben die Möglichkeit, nach vier Jahren aus dem Vertrag auszusteigen.

## 4. Künftiges Veloverleihsystem 2026-2033 in Köniz

Für die Festlegung der Standorte wurde in erster Linie die aktuelle bzw. die potenzielle Nachfrage (Wohn-, Arbeitsplatzdichte, Freizeitangebote) berücksichtigt. Ein weiteres Standortkriterium ist die Netzdichte: Die Standorte sollen sich zu einem Netz mit einer sinnvollen Dichte ergänzen.

In den urbaneren Ortsteilen der Gemeinde kann so ein attraktives und betrieblich sinnvolles Angebot ermöglicht werden. Start- und Zielorte sollen zudem in durchschnittlicher Velo-Distanz liegen.

Der Gemeinderat hat vorgängig zuhanden der Ausschreibungsunterlagen den Umfang des Basisnetzes in der Gemeinde Köniz definiert und eine gegenüber heute unveränderte Anzahl von 17 Standorten für ein Basisnetz festgelegt. So wird der positiven Entwicklung des VVS in Köniz Rechnung getragen. Das Basisnetz entspricht dem bewährten, gut genutzten heutigen Angebot und wird als Paket eingekauft. Zwei Standorte, "Köniz Bahnhof" und "Liebefeld Bahnhof", werden geringfügig an eine Lage mit potenziell höherer Nachfrage verschoben.

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, das Könizer Netz gezielt mit 15 Stationen im Basisnetz Plus zu ergänzen: So können Lücken in der Abdeckung der urbanen Teile der Gemeinde geschlossen werden. Zudem beantragt der Gemeinderat dem Parlament einen "Peripheren Standort" (Eichholz). Dieser generiert zwar sehr viele Fahrten, jedoch wegen seiner Lage auch etwas höhere Betriebskosten. Das Standortkonzept Köniz der PubliBike-Stationen auf Gemeindegebiet ab 2026 ist in der Karte der Beilage 3 dargestellt.

Der Gemeinderat beantragt dem Gemeinderat die vorliegende Variante mit einer Netzverdichtung und einem Netzausbau mit insgesamt 16 zusätzlichen Stationen. Damit verfügt der dichter besiedelte Teil der Gemeinde über eine sinnvolle Netzdichte, was einen effizienten Betrieb zulässt. Mehr Leute erreichen zu Fuss eine Ausleihstation und es entstehen zahlreiche zusätzliche Start-Ziel-Möglichkeiten. Weitere mögliche Stationen an peripheren Lagen wurden geprüft, es wurde jedoch darauf verzichtet (Ausnahme Eichholz). Einzelne Stationen ausserhalb des Netzes sind unattraktiv und würden wenig genutzt. Und auf eine weitere Ausdehnung des Netzes bis zu weiteren peripheren Stationen wurde aus Kostengründen verzichtet, da die Netznachfrage nicht gegeben wäre.

### **Weitere Netzentwicklung**

Auf jedes neue Betriebsjahr hin können weitere Ausleihstationen bestellt werden. Ebenso hat die Gemeinde das Recht, bestellte Ausleihstationen aus dem Basisnetz plus oder periphere Standorte auf das Ende eines Betriebsjahres abzubestellen. Die Offerte des Anbieters hat über die ganze Laufdauer von 8 Jahren Gültigkeit. Zusätzliche Stationen, welche nicht Teil der Ausschreibung waren (also weder Basisnetz, noch Basisnetz Plus oder Peripherer Standort) müssten bilateral mit PubliBike ausgehandelt und dafür eine zusätzliche Offerte eingeholt werden.

### **Erstellung der Infrastruktur**

Die Infrastruktur pro Standort besteht aus Stelen ("Tafeln") sowie aus Markierungen. Weitere Installationen (z.B. Strom) sind nicht erforderlich. Die heute bestehenden Stelen sind Eigentum von PubliBike. Mit dem neuen VVS 2026+ werden die bereits bestehenden Stelen ersetzt. Für eine allfällige Weiterverwendung der bestehenden Stelen hätten diese durch die Gemeinde erworben werden müssen. Ein Nachbau der heutigen Stelen wäre zu kostspielig, da diese nicht ausreichend aufwärtskompatibel designt wurden. Künftig sollen einheitliche Stelen verwendet werden, welche bei Bedarf für eine künftige Nutzung angepasst werden können, zum Beispiel für weitere Shared-Micromobility-Nutzungen. Die Finanzierung und Bereitstellung der Infrastruktur (Stelen und Markierungen) liegt in der Verantwortung der Standortgemeinde.

## **5. Kosten künftiges Veloverleihsystem ab 2026**

Die Höhe der jährlichen Betriebskosten sowie der einmaligen Infrastrukturkosten wird in erster Linie durch die Anzahl Standorte bestimmt. Die beantragten Kredite beinhalten einen geringen Anteil an Reserven, um Unvorhergesehenes (wie zum Beispiel temporäre Verschiebungen aufgrund von Bauarbeiten) sowie im geringen Umfang Anpassungen am Netz finanzieren zu können.

Weiter fallen übergeordnete Kosten für die Organisation "Velo Region Bern" an. Diese externen Drittkosten beinhalten Leistungen für Aufbau und Vertragsabschlüsse, Beschaffung der Stelen, Controlling, regionale Reportings, administrative und organisatorische Unterstützung, aber auch Leistungen wie etwa die Abnahme der Velo-Prototypen oder die Koordination der Partnergemeinden. Der Kostenteiler für die übergeordneten Kosten beruht neben einem Basisbeitrag auf der Anzahl Stationen, die pro Partnergemeinde in der Ausschreibung definiert wurden.

### Betriebskosten

Der Betriebsbeitrag der Gemeinde Köniz an das Veloverleihsystem ab 2026 beläuft sich für die Gemeinde Köniz auf CHF 103'450 pro Jahr:

	Station/Jahr	Pro Jahr	Für 8 Jahre
17 Stationen Basisnetz	pauschal	CHF 42'500	CHF 340'000
15 Stationen Basisnetz Plus	CHF 2'500	CHF 37'500	CHF 300'000
1 Station Periphere Standorte	CHF 5'500	CHF 5'500	CHF 44'000
MWSt. 8.1% (Stationen, gerundet)	---	CHF 6'925	CHF 55'400
Beitrag Betriebsbegleitung Organisation "Velo Region Bern" (inkl. MWSt. 8.1%)	---	CHF 6'100	CHF 48'800
Reserve (5%, gerundet)	---	CHF 4'925	CHF 39'400
<b>Kosten Betrieb (gerundet)</b>		<b>CHF103'450</b>	<b>CHF 827'600</b>

### Infrastrukturkosten

Die Infrastrukturkosten (insb. Stelen und Markierungen) sind einmalig und betragen insgesamt CHF 396'700:

	Kosten exkl. MWSt	Kosten inkl. MWSt
33 Stationen (CHF 8'000 exkl. MWSt/Station)	CHF 264'000	CHF 285'384
Erarbeitung Baugesuche (externe Unterstützung)	CHF 23'250	CHF 25'133
Bauliche Anpassung der Stationsstandorte	CHF 14'000	CHF 15'134
Beitrag an Organisation "Velo Region Bern" (inkl. MWSt. 8.1%)	-	CHF 35'000
Reserven (10%, gerundet)	-	CHF 36'049
<b>Kosten Infrastruktur (gerundet)</b>		<b>CHF 396'700</b>

## 6. Finanzen

Die Betriebskosten werden über die Erfolgsrechnung finanziert, während die Infrastrukturkosten über die Investitionsrechnung finanziert werden.

Für das Veloverleihsystem fliessen Fördergelder von Bund und Kanton in die Infrastruktur. Die Realisierung des regionalen VVS 2026+ (Einrichtung der Stationen) ist eine Massnahme im «Agglomerationsprogramm Region Bern 4. Generation» (AP4). Weiter hat der Gemeinderat für die Infrastruktur Gelder aus der Sonderfinanzierung Planungsvorteile gesprochen.

### 6.1 Kredit Erfolgsrechnung für Betriebsbeitrag

Für Betriebskosten stehen keine Drittgelder von Bund und Kanton zur Verfügung. Auch die beiden gemeindeeigenen Sonderfinanzierungen Planungsvorteile und Klimaschutz unterstützten keine Betriebsbeiträge.

Die Kosten von CHF 827'600 werden der Erfolgsrechnung in den Jahren 2026 bis und mit 2033 belastet.

### 6.2 Kredit Investitionsrechnung für Infrastruktur

Beiträge aus der Spezialfinanzierung Klimaschutz sind für die Infrastruktur nicht zulässig, da wie erwähnt bereits Subventionen von Bund und Kanton fliessen (weitere Angaben dazu siehe unten). Der Gemeinderat hat an seiner Sitzung vom 9. Oktober 2024 einen Beitrag aus der Spezialfinanzierung Planungsvorteile in der Höhe von CHF 50'000 bewilligt. Da diese Gelder damit verbindlich gesprochen sind, können sie von den Kosten Infrastruktur abgezogen werden und führen somit zum beantragten Bruttokredit von CHF 346'700.

Finanzierung	Kosten
Kosten Infrastruktur (gerundet)	CHF 396'700
Abzüglich Entnahme aus SF Planungsvorteil	CHF 50'000
<b>Beantragter Bruttokredit Infrastruktur</b>	<b>CHF 346'700</b>

Diese Kosten werden

der Investitionsrechnung ab dem Jahr 2025 belastet.

Die Gelder von Bund und Kantonen aus den Agglomerationsprogrammen AP4 sind zugesichert. Der konkrete Betrag für die Gemeinde Köniz hängt jedoch von der Zahl der teilnehmenden Gemeinden bzw. der Zahl der Basisnetz-Standorte ab. Wie üblich wird dem Parlament deshalb der Bruttokredit vor Abzug der AP-Gelder beantragt. Um die Nettokosten für die Gemeinde darzustellen, wurden die AP-Gelder geschätzt auf Grundlage der offerierten Basisnetz-Stationen.

Finanzierung	Kosten
Brutto Verpflichtungskredit Infrastruktur	CHF 346'700
Schätzung Beitrag AP-Gelder (AP4)	CHF 78'000
Netto steuerfinanzierte Kosten Gemeinde Köniz	CHF 268'700

Neben den Beiträ-

gen aus dem AP4 sind auch im AP5 Beiträge für das Veloverleihsystem beantragt. Das AP5 ist zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht genehmigt. Zusätzliche Gelder aus dem AP5 würden die steuerfinanzierten Nettokosten der Gemeinde weiter reduzieren.

## IAFP

In der Budgetierungsphase für das kommende Jahr 2025 waren die konkreten Kosten für das VVS 2026+ noch nicht bekannt. Auch lagen keine Vergleichszahlen oder Erfahrungswerte vor. Deshalb wurde ohne Vorliegen der Offerte mit folgenden Annahmen budgetiert:

- Für den **Betriebsbeitrag** hat die AVU im bisherigen Budgetprozess 2025ff ab dem Jahr 2026 in einem neuen Konto 2440.3635.10 ("Veloverleihsystem Beitrag an Betrieb Stationen") einen Platzhalterbetrag von symbolisch CHF 1'000 für die Folgejahre eingetragen mit dem Hinweis, dass die realen Werte im Rahmen eines separaten Antrags folgen. Wegfallen wird ab 2026 die aktuelle, separate Finanzierung von drei von Köniz zusätzlich bestellten Ausleihstationen (CHF 19'100 pro Jahr).
- Für die einmaligen **Infrastrukturkosten** hat die AVU in der IVP vorsorglich total CHF 400'000 reserviert (je CHF 200'000 für 2025 und 2026). Es sind damit genügend Gelder für den beantragten Kredit von CHF 346'700 eingestellt.

## 7. Folgen bei Ablehnung

Entscheidet sich das Parlament dafür, keinen Kredit zu sprechen, so würde sich die Gemeinde Köniz komplett aus dem regionalen Veloverleihsystem zurückziehen. Es würde kein Vertrag abgeschlossen und das Veloverleihsystem in Köniz würde Ende 2025 eingestellt.

## Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Für das Regionale Veloverleihsystem 2026-2033, Betrieb, wird ein Verpflichtungskredit von total CHF 827'600 (inkl. MWST, zuzüglich allfälliger Teuerung) anteilmässig verteilt auf die Jahre 2026-2033 zu Lasten der Erfolgsrechnung Konto 2440.3635.10, Veloverleihsystem Beitrag an Betrieb Stationen bewilligt.

2. Für das Regionale Veloverleihsystem 2026-2033, Ausrüstung Stationen, wird ein Verpflichtungskredit von total CHF 346'700 (inkl. MWST, zuzüglich allfälliger Teuerung) zu Lasten der Investitionsrechnung Konto 2440.5010.2431, Regionales Veloverleihsystem; Infrastruktur Velostationen bewilligt.

Köniz, 9. Oktober 2024

Der Gemeinderat

## Beilagen

- 1) Velo Region Bern: Beteiligung Gemeinden VVS 2026+
- 2) Eckwerte Ausschreibung Veloverleihsystem Region Bern (2024)
- 3) Veloverleihsystem Gemeinde Köniz: Karte mit Standorten ab 2026
- 4) Folgekostentabelle

## Diskussion

**GPK-Referentin, Monika Röthlisberger, Grüne:** Die Verträge für das regionale Veloverleihsystem PubliBike laufen per Ende 2025 aus. Die Gemeinde Köniz hat darum gemeinsam mit der Stadt Bern und weiteren Gemeinden in der Region eine Ausschreibung durchgeführt, um das beliebte Veloverleihsystem von 2026 bis 2033 weiterzuführen. Das Projekt ist ein erfreuliches Beispiel für eine gelungene regionale Zusammenarbeit.

Aufgrund dieser Ausschreibung sind Preise und Nutzungsbedingungen für alle Standortgemeinden in der Agglomeration gleich, einzig die Stadt Bern hat einen tieferen Standortpreis, weil sie auch mit Abstand am meisten Standorte betreibt und bezahlt. Details findet ihr im Parlamentsantrag und ihr konntet, bezüglich der Kosten des Veloverleihsystem in Münsingen, welches gerade in der Presse war, dies zusätzlich im Mail des Gemeinderats an die GPK-Mitglieder lesen.

Wieder hat PubliBike den Zuschlag erhalten, verlangt aber von der Gemeinde ein höheres finanzielles Engagement für die Infrastruktur und für den Betrieb. Das ist keine Überraschung: Es war bereits 2019 klar, dass dieser Veloverleih, so wie er jetzt aufgestellt ist, nicht rentieren kann und es ging auch in der Ausschreibung kein anderes Angebot ein, welches auf eine stärkere finanzielle Unterstützung der Gemeinde verzichten würde.

Das Veloverleihsystem der Region Bern ist eines der bestgenutzten Systeme in Europa. Im August waren es 9'000 Fahrten, ein neuer Rekord. Ob all diese Leute, welche PubliBike nutzen, laufen, den ÖV nutzen oder das Auto nehmen würden, wenn es dieses Angebot nicht geben würde, das weiss man nicht. Es hat dazu in der Region Bern noch keine Befragungen gegeben.

Die Verwaltung erhält aber regelmässig Reaktionen zu neuen gewünschten Standorten und hat bisher das Netz aus Kostengründen nicht angepasst und die Leute vertröstet. Die 16 Stationen, welche der Gemeinderat uns hier zusätzlich zu den 17 bestehenden Stationen beantragt, sind ein echtes Bedürfnis der Bevölkerung.

Die Verwaltung hat in einem nachvollziehbaren Prozess anhand von objektiven Kriterien, die neuen Standorte erarbeitet, damit ein Netz von Stationen mit einer gewissen Dichte entsteht, welches ein Veloverleihsystem nämlich braucht, damit es gut funktioniert. Weitere Stationen, bspw. auch in der oberen Gemeinde, könnten jederzeit realisiert werden, wenn beispielsweise eine Firma aufgrund ihres Mobilitätskonzepts eine Station auf eigene Kosten einrichten würde. Die Gemeinde macht Unternehmen aktiv auf diese Möglichkeit aufmerksam.

Die GPK hat darüber diskutiert, ob der Betrag aus dem Spezialfonds Planungsvorteil nicht noch höher sein sollte, als die vorgesehenen CHF 50'000, da dieses Veloverleihsystem ja vor allem in den verdichtet bebauten Gemeindeteilen realisiert wird und dieser Spezialfonds ja genau für solche Projekte gedacht ist. Vielleicht kann der Gemeinderat dazu noch etwas sagen.

Die GPK ist einstimmig der Meinung, dass die nötigen Unterlagen vorliegen und dankt den beteiligten Fachleuten für die verständlichen und übersichtlichen Texte und für die kompetente Beantwortung unserer Fragen.

Die GPK empfiehlt dem Parlament mit 5 Stimmen, bei einer Enthaltung, den beiden Anträgen zuzustimmen.

**Fraktionssprecherin FDP, Tatjana Rothenbühler:** Mobilität allgemein ist ein Grundbedürfnis unserer Gesellschaft. Der FDP. Die Liberalen ist eine Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmenden wichtig und dazu gehört natürlich auch dieses regionale Veloverleihsystem, welches sich in den letzten Jahren sehr gut etabliert hat, wie wir sehen.

Die Erhaltung dieses regionalen Veloverleihsystems für die Jahre 2026 bis 2033 scheint uns sinnvoll und ist ein guter Beitrag an eine klimafreundliche Gemeinde. Auch die Kosten sind aus unserer Sicht, der FDP. Die Liberalen, vertretbar. Die Fraktion der FDP. Die Liberalen wird vor diesem Hintergrund sowohl dem Verpflichtungskredit für den Betrieb, wie auch dem Verpflichtungskredit zur Ausrüstung der Stationen, also für die Infrastruktur, zustimmen.

Zu den Abänderungsanträgen der EVP-GLP-Mitte-Fraktion haben wir Stimmfreigabe beschlossen.

**Fraktionssprecherin SVP, Andrea Winzenried:** Es musste davon ausgegangen werden, dass die bisherigen günstigen und attraktiven Konditionen von PubliBike so in einem neuen Vertrag nicht übernommen werden können, darum sind höhere Kosten die logische Folge.

Diese Velos werden regelmässig und zunehmend gebraucht und die Nutzung ist unbestritten. Es entlastet zudem den öffentlichen und motorisierten Verkehr und als Gemeinde, welche Programme wie Fuss-Velo-Köniz stark fördert und den Veloverkehr und die Velowege ausbaut, ist die Weiterführung eines Veloverleihsystems auch nur logisch.

Die jährlichen Betriebskosten und vor allem die einmaligen Infrastrukturkosten sind doch recht hoch, aber wie die Abklärungen von Christian Burren aufzeigen, sind diese für alle Gemeinden gleich. Wir danken in diesem Zusammenhang für die gut verständlichen Unterlagen und die zusätzlichen Abklärungen.

Den Abänderungsanträgen der EVP-GLP-Mitte-Fraktion werden wir mehrheitlich nicht zustimmen, denn nach den Gebrauchsabklärungen braucht es die vorhandenen Stationen und es werden von der Bevölkerung vor allem auch neue Standorte gewünscht und gefordert. Und auch wenn die Station Eichholz mehr Fahrten und Aufwand generiert, ist dies doch ein Standort, welcher vor allem im Sommer extrem viel genutzt wird und es wäre für die Bevölkerung unverständlich, wenn man diesen streichen würde.

Ich muss hier aber doch noch sagen, dass bei diesem Geschäft, die Landbevölkerung, der urbanen Bevölkerung die Mobilität finanziert. Denn auf dem Land, zum Beispiel in Oberscherli, Liebewil oder Ulmiz, braucht und gibt es keine solchen Stationen. Darum sind wir schon froh, wenn ihr bei Infrastrukturanliegen und Kreditanträgen, welche vorwiegend der Landbevölkerung zu Gute kommen, dann auch wohlwollend die Hände hebt.

Und aus meiner persönlichen Sicht als Rettungssanitäterin bin ich mit diesen Veloverleihsystemen auch nicht nur glücklich: Denn es trägt praktisch niemand, welcher ein solches Velo nutzt, einen Velohelm. Und Velostürze und Unfälle ohne Helm gehen für Velofahrerinnen und Velofahrer nicht immer gut aus. Aber es ist mir schon klar, dass niemand mit dem Velohelm in den Ausgang geht oder mit dem Helm in der Hand die Aare runter schwimmt. Diese Velos zu mieten und zu gebrauchen ist sinnvoll, aber hoffentlich immer auch mit der nötigen Vorsicht.

Die SVP-Fraktion wird dem Kreditantrag des Gemeinderates einstimmig zustimmen.

**Fraktionssprecherin Grüne/Junge Grüne, Monika Röthlisberger, Grüne:** John F. Kennedy hat gesagt: "Nothing compares to the simple pleasure of riding a bike". Etwas frei übersetzt: "Velofahren macht einfach Freude". Ein Veloverleihsystem ist also nicht nur ein Mobilitätsangebot, sondern auch einfach eine Möglichkeit, etwas Freude in den Alltag zu bringen.

Die Grünen/Jungen Grünen unterstützen die Anträge des Gemeinderates einstimmig und sind der Meinung, dass dieses System auch mit den Kosten, welche die Gemeinde jetzt neu an Investitionen und den Betrieb bezahlen muss, immer noch ein sehr gutes Preis- und Leistungsverhältnis hat.

Der Nutzen von PubliBike ist sehr vielfältig:

- Eine bessere Reichweite für den ÖV auf der letzten Meile. Auch wenn man an einen Ort muss, welcher vom klassischen ÖV nicht oder mitten in der Nacht nicht mehr bedient ist, kommt man hin und wieder zurück, ohne das Auto nehmen zu müssen.
- Zeitersparnis: Gerade zu Stosszeiten, ist man in der Stadt oder für kurze Strecken auch auf dem Land, mit dem Velo schneller, als mit dem ÖV oder mit dem Auto.
- Befriedigung eines echten Bedürfnisses der Bevölkerung und Besucher.
- Förderung der physischen und psychischen Gesundheit.
- Die Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses, gerade auch im Hinblick von Netto-Null 2045, welches wir ja beschlossen haben.

Die Liste geht noch weiter, doch ich höre hier jetzt auf. Schon nur bis hierhin, finden wir die beantragten Kosten nicht überraschend. Wir lehnen darum auch die beiden Änderungsanträge der EVP-GLP-Mitte-Fraktion einstimmig ab. Die Beträge, welche man hier einsparen würde, sind nicht so gross, dass sie es rechtfertigen würden, den Nutzen dieses Veloverleihsystems zu schmälern und dieser ist auch für die Basisstandorte grösser, wenn die zusätzlichen Standorte eingerichtet werden. Es ist notwendig, dass wir hier alle beantragten Standorte bewilligen. Den Standort Eichholz entspricht ebenfalls einem breitem Bedürfnis, wir werden hier dann noch ein Einzelvotum dazu hören.

Wir sind klar der Meinung, dass die Förderung des Veloverkehrs eine Gemeindeaufgabe ist und das Veloverleihsystem ist eine der effizientesten Massnahmen, um den Leuten das Velo schmackhaft zu machen. Wenn viele PubliBikes herumfahren, fühlen sich nämlich auch die anderen Velofahrer:innen sicherer und sind motivierter, ihr eigenes Velo auch vermehrt zu nutzen. Das hat man bereits in verschiedenen europäischen Städten untersucht.

Die Fraktion Grüne/Junge Grüne schätzt, dass der Gemeinderat Könizer Unternehmen und die Verantwortlichen von Überbauungen auf die Möglichkeiten anspricht, bei sich einen eigenen Standort einzurichten, so dass ihre Mitarbeitenden bequem mit dem PubliBike pendeln können oder ihre Besucher mit dem PubliBike an- und abreisen.

Wir würden es begrüssen, wenn der Gemeinderat dann auch Hand bieten würde, wenn nötig den entsprechenden Zentralstandort einzurichten, von wo die Pendler und Besucher losfahren möchten. Zum Beispiel am Bahnhof Niederscherli oder Mittelhäusern. Man könnte das dann durchaus auch unter Wirtschaftsförderung verbuchen, denn es würde zur Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Köniz beitragen.

Ein weiteres Anliegen der Grünen/Jungen Grünen ist, dass das Veloverleihsystem in naher Zukunft auch in das Grundangebot des öffentlichen Verkehrs aufgenommen wird und im Libero-Abonnement inbegriffen ist. Wir würden es sehr unterstützen, wenn der Gemeinderat sich bei den entsprechenden Gremien in diese Richtung einsetzen würde. Und auch dafür wäre es sehr wichtig, dass wir heute alle Standorte bewilligen, damit wir dann bei den Verhandlungen mit Libero taktisch gut aufgestellt sind, damit das Velofahren in Köniz noch einfacher wird und noch mehr Leute glücklich machen kann.

**Fraktionssprecherin SP/JUSO, Franziska Adam, SP Frauen:** Das Veloverleihsystem PubliBike in der Region Bern und auch in Köniz ist ein Erfolg im Bereich Nachhaltigkeit und auch wegen der breiten Nutzung durch die Bevölkerung. Gerade auch durch junge Menschen wird es zahlreich genutzt.

Wie kam es überhaupt zu diesem Ausleihsystem? 2015 hat Ruedi Lüthi einen Vorstoss im Namen der SP eingereicht. 2017 wurde die Erfüllungsfrist durch das Parlament verlängert und 2019 wurde die Motion abgeschrieben, weil der Pilot in Köniz mit 13 Veloverleihstationen gestartet hat. In den Mitwirkungen hat die SP/JUSO-Fraktion immer wieder darauf hingewiesen, dass es noch Lücken im Angebot gibt und dass das Verleihsystem ausgebaut werden muss, damit ein grosser Teil der Könizer Bevölkerung davon profitieren kann. Deshalb vielen Dank dem Gemeinderat und der Verwaltung für dieses erweiterte Angebot.

Ziel soll sein, ein möglichst flächendeckendes System anzubieten, denn erst dann entfaltet es seine Wirkung und mit diesen geplanten 33 Stationen sind wir diesem Ziel schon sehr viel näher gekommen. Köniz ist ein wichtiger Player im ganzen Verleihsystem, denn es ist nur erfolgreich, wenn möglichst die ganze Agglomeration mitmacht.

Der SP/JUSO-Fraktion ist auch klar, dass ein Ausbau der Stationen Kosten generiert. Aber wie erwähnt, wenn durch dieses Verleihsystem weniger CO<sub>2</sub> ausgestossen wird und der MIV abnimmt, wird dies längerfristig kostengünstiger und fördert nicht zuletzt auch die Gesundheit. Die Finanzierung des Verleihsystems ist transparent ausgewiesen und wie wir aus den Erklärungen der DPV erfahren haben, gibt es keine finanziellen Unterschiede zwischen den Nachbargemeinden.

Was die SP/JUSO-Fraktion sehr irritiert, sind diese Anträge der EVP-GLP-Mitte-Fraktion, das Basisnetz Plus und die Station Eichholz zu streichen. Gerade im Eichholz macht es Sinn, PubliBikes anzubieten. War jemand von euch auch schon mal an einem Sommertag im Eichholz? Diese Wiese wird von vielen Menschen genutzt und wenn viele PubliBike-Fahrerinnen und -Fahrer mit Autos anreisen würden, wäre das Chaos perfekt und die Anwohner und Anwohnerinnen hätten noch viel mehr Suchverkehr im Quartier. Wollt ihr das wirklich? Und wie sieht es mit der Erreichung der Klimaziele aus, wenn ein umweltfreundliches Transportmittel wegen gewissen Kosten an einem zentralen Ort einfach gestrichen wird? Wir wissen es nicht. Jedenfalls ist die SP/JUSO-Fraktion gegen die Anträge der Mitte und stimmt den beiden Beschlüssen des Gemeinderates einstimmig zu.

**Fraktionssprecher EVP-GLP-Mitte, Roger Tanner, GLP:** Die EVP-GLP-Mitte Fraktion dankt der Verwaltung und dem Gemeinderat für die sorgfältige Ausarbeitung und Präsentation des Verpflichtungskredits zum regionalen Veloverleihsystem für die Jahre 2026 bis 2033. Der vorliegende Antrag zeigt klar die Überlegungen zu diesem Mobilitätsangebot und beleuchtet die vertraglichen sowie finanziellen Aspekte.

Das Veloverleihsystem hat seit der Einführung 2019 einen wichtigen Beitrag zur Förderung der sanften Mobilität geleistet und wird von der Bevölkerung gut angenommen. Angesichts der Klimaziele und der Notwendigkeit, den Autoverkehr zu reduzieren, erachten wir das Veloverleihsystem auch zukünftig als einen zentralen Baustein für eine nachhaltige Mobilität. Die Anpassung des Basisnetzes und die gezielte Ergänzung durch neue Stationen ermöglichen eine gute Abdeckung, insbesondere in den urbaneren und dicht besiedelten Gebieten der Gemeinde.

Jedoch möchten wir kritisch auf den Standort Eichholz hinweisen. Dieser Standort erscheint uns ökologisch fragwürdig, dies besonders in den Sommermonaten wo viele Velofahrten zwar dort enden, aber die Velos danach per Lastwagen zurück auf andere Standorte transportiert werden müssen. Zudem handelt es sich beim Standort Eichholz primär um einen Freizeitort, der ohnehin gut per Bus oder zu Fuss erreichbar ist. Eine Station an diesem Standort deckt somit weniger ein zentrales Mobilitätsbedürfnis, sondern primär ein Freizeitangebot ab, das auch durch andere nachhaltige Verkehrsmittel erreichbar wäre.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die erhebliche finanzielle Belastung der Gemeinde, die mit PubliBike einen privaten Anbieter mit öffentlichen Grund und beträchtlichen finanziellen Mitteln subventioniert. Die Subvention von ca. CHF 0.50 pro Fahrt bindet langfristig Mittel, die an anderer Stelle der Mobilitätsförderung ebenso sinnvoll eingesetzt werden könnten. Die jährlichen Betriebskosten von über CHF 100'000 sowie die zusätzlichen einmaligen Infrastrukturkosten für Köniz sind signifikante Summen, die in Zeiten knapper öffentlicher Ressourcen genau geprüft werden sollten. Die Frage, ob die Subventionierung eines privat betriebenen Systems langfristig gerechtfertigt ist, stellt sich besonders angesichts der erwähnten Kosten pro Nutzung. Die Gemeinde Köniz hat ein Basisnetz von 17 Standorten eingerichtet, was wir grundsätzlich begrüssen, doch gilt es, eine kontinuierliche Evaluierung vorzunehmen, um das Veloverleihsystem flexibel an den tatsächlichen Bedarf anzupassen.

Aus unserer Sicht zählt die finanzielle Unterstützung dieses Veloverleihsystems nicht zu den zentralen Aufgaben der Gemeinde. Die Bereitstellung und der Betrieb der Infrastruktur stellen eine zusätzliche Belastung dar, die nicht ausreichend gerechtfertigt ist. Zudem bedeutet der Betrieb von 33 Standorten nicht nur erhebliche Investitionskosten für die Infrastruktur, sondern auch laufende Betriebskosten.

Die EVP- GLP-Mitte-Fraktion stellt daher die vorliegenden Anträge. Wir ersuchen den Gemeinderat eine sorgfältige Kosten-Nutzen-Bilanz zu erstellen, insbesondere für Standorte wie das Eichholz. Ein gezieltes Monitoring der Auslastung und des effektiven Umsteigeverhaltens sowie ökologische Optimierungen halten wir für notwendig, um die langfristige Nachhaltigkeit des Veloverleihsystems sicherzustellen. Doch eben, Geld allein macht auch nicht glücklich, man muss damit halt schon ein Velo kaufen oder eben mieten.

**Christina Aebischer, Grüne:** Ich würde gerne aus der Sicht der Anwohnenden dieses Eichholzquartiers die zwei Änderungsanträge noch etwas beleuchten.

Was heisst Peripherie? Ich musste etwas schmunzeln, als ich gesehen habe, dass das Eichholz Peripherie ist. Ich bin in 12 Minuten mit dem Velo am Hauptbahnhof Bern. Das ist vermutlich deutlich näher an einem Zentrum als viele andere Stationen in der Gemeinde. Ich weiss auch nicht, warum man dem Peripherie sagen kann, es ist ein dicht besiedeltes und dicht besuchtes Quartier, stark frequentiert, vor allem in der einen, sommerlichen Jahreshälfte. Es ist allenfalls Peripherie, wenn man schaut, dass dort eben kein ÖV ins untere Eichholzquartier fährt. Insofern ist es ein super Standort für PubliBikes und nicht zuletzt, weil wir ja die grösste Verkehrszunahme in der Schweiz im Freizeitverkehr haben. Dann ist es doch umso wichtiger, dass wir die Leute des Freizeitverkehrs auf das eigene oder gemietete Velo bringen, das ist absolut zentral.

Darum ist es tatsächlich so, dass an manchen Tagen da unten gefühlt alle Berner PubliBikes im Eichholz stehen. Und es ist so und dass man dann diese mit Fahrzeugen das eine oder andere Mal umverteilen muss, aber längstens nicht alle. Denn wenn es viele Velos im Eichholz hat, dann hat es auch viele Leute im Eichholz: Ein Teil schwimmt runter und kommt nicht mehr zurück ins Eichholz, aber ein Teil ist den ganzen Abend dort und nimmt das Velo am Abend auch wieder mit. Aber ja, es müssen weggefahren werden, das ist suboptimal ökologisch, aber ich gehe auch davon aus, dass ist auch suboptimal ökonomisch. Ich bin relativ sicher, dass man sich auch bei PubliBike andere Lösungen überlegt.



Es müsste doch mit dieser App heute möglich sein, dass wenn man ein Velo von dort zum Beispiel zur Rushhour wieder zurückfährt, dass man dann zum Beispiel eine Gutschrift erhält oder so - ich kenne viele junge Leute, welche hier gerne mithelfen würden, diese Velos umzuparkieren. In diesem Sinne würden wir es total unverhältnismässig finden, diesen Standort nicht zu unterstützen, nur wegen dieser Problematik.

Denn es gäbe zum Beispiel auch noch andere ökologische Aspekte im Bereich Eichholz. Es hat zum Beispiel viel mehr Fahrten von Lastwagen, welche diese Gummiboote wieder nach Thun fahren. Wenn man wirklich Emissionen einsparen wollte, dann müsste man einfach das gewerbliche Aareböötli verbieten. Man müsste vermutlich überhaupt das Aareböötli verbieten, denn die anderen Gummiboote, welche nicht gewerblich zurückgefahren werden, diese landen dann gratis und franko dort im Container und das ist auch wieder Plastik, welcher danach verbrannt wird. Es ist nicht das Thema Roland Akeret, ich weiss, aber nur um zu sagen: Wenn man die ökologischen Argumente in den Vordergrund stellt, dann hätte man noch die Einweggrills, dann haben wir den Parksuchverkehr, dann haben wir ganz viele andere Themen, welche vermutlich ökologisch sinnvoller wären.

Wenn man Kosten reduzieren will und wenn man findet, dass es keine staatliche Aufgabe ist, einen solchen PubliBike-Verleihdienst zu unterstützen, dann kann man das natürlich, aber dann müsste man konsequenterweise das Ganze ablehnen. Ich verstehe diese Logik nicht ganz. Ich denke, es ist durchaus auch Sinn und Zweck der Politik, dass man dies unterstützt, dass man hier Anreize setzt und wenn dies dann einmal gut läuft, dann müsste man vielleicht über Gewinnsteuern sprechen oder so, man kann dies auch anders wieder zurückholen.

Auf jeden Fall möchten wir, dass diese Station Eichholz drin bleibt, aber, dass man dann in vier Jahren schaut, wo wir stehen, was die Zahlen sind und was der Ausbau dieses Basisnetzes gebracht hat. Aber eine einzelne Station hier rauszupicken, welche so wichtig für den Sommertourismus, aber auch für die Anwohnenden ist, das finden wir komplett falsch, wenn man gute Mobilitätslösungen möchte.

Und noch zur Rednerin der SVP: Ich hoffe sehr, dass wir dieses Netz auch in die ländlichen Gebiete weiter ausbauen kann, ich würde dies total wichtig finden. Ob jetzt die ländliche Bevölkerung dies überproportional mitfinanziert, da bin ich nicht ganz sicher, weil wir ja in den urbanen Teilen viel mehr Bewohner und Bewohnerinnen haben, welche dies brauchen und welche Steuern und Abgaben zahlen. Aber ich würde es total super finden, wenn man dies weiter unterstützen könnte und in alle Ortsteile bringen kann.

**Roland Akeret, GLP:** Im Wissen, dass ich vermutlich der Rufer in der Wüste bin, möchte ich trotzdem noch einige Sätze zu diesem Geschäft hier sagen.

Wir haben hier in diesem Haus vor einer Woche über drei Finanzvorlagen diskutiert. Bei dieser Debatte ging es im Kern eigentlich um die miserable finanzielle Perspektive von Köniz. Mit Recht hat uns hier die Gemeindepräsidentin gesagt, dass wir mitverantwortlich sind, für diese schlechte finanzielle Situation. Das heisst für mich, man muss mit Blick auf die Finanzlage von Köniz in allen Kreditanträgen auch wirklich schauen, ob die Ausgaben für den Betrieb der Gemeinde zwingend notwendig sind. Mit dem vorliegenden Beschluss sollen wir rund CHF 1.2 Mio. für die nächsten acht Jahre bewilligen. In seinem Antrag schreibt der Gemeinderat von einem niederschweligen Angebot zum Umsteigen auf das Velo. Wir haben es gehört, die Standorte sollen mit einer Ausnahme im urbanen Gebiet, realisiert werden. Und dann ist eben das Eichholz als nicht urbanen, sondern peripheren Standort genannt worden. Die konkreten positiven Auswirkungen – wir haben es von der GPK-Sprecherin gehört – auf die Könizer Klimaziele, bleibt der Gemeinderat schuldig. Man kann es nicht sagen, man hat nichts erhoben. Es ist davon auszugehen, dass die durch das Umsteigen wegfallenden Fahrten vernachlässigbar sind. Es wird also einfach weniger gelaufen und der ÖV wird entsprechend weniger genutzt. Und dann, wir haben es gehört: Der ländliche Teil von Köniz kann überhaupt nicht profitieren, zahlt aber auch mit. Und: Die Schulden wachsen einfach weiter.

Zum Standort Eichholz habe ich noch einen anderen Gesichtspunkt, welchen ich als Fussgänger der Aare entlang betroffen bin und welcher mich massiv ärgert: Es ist wirklich damit zu rechnen, dass die One-Way-Fahrten Marzilli-Eichholz zunehmen werden und der Druck auf das Fahrverbot auf dem Fussweg weiter zunimmt. Und eben, wir haben es auch gehört und wir werden es dann sehen, es werden motorisierte Transportfahrzeuge diese Velos dann wieder zurückfahren.

Aus meiner Warte, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, haben wir hier ein Goldrandprojekt, welches zwar wohl sehr gut genutzt wird - das bestreite ich überhaupt nicht - welches der Bequemlichkeit auch einen guten Dienst tut, aber ich selber werde diesem Kredit, auch wenn ich damit alleine bin, nicht zustimmen.

**Gemeinderat Christian Burren, SVP:** Vielen Dank an Monika Röthlisberger für die Wiedergabe dieses Geschäfts als GPK-Referentin. Ich möchte dort eine kleine Präzisierung machen, vielleicht habe ich es auch nur falsch verstanden: Diese 9'000 Nutzungen im Monat August, sind selbstverständlich pro Tag und nicht im Monat.

Warum nicht mehr als CHF 50'000 aus dem Mehrwertabschöpfungsfonds? Es gibt dort eine Weisung, an welche sich der Gemeinderat hält. Wir finanzieren dort in der Regel nicht die Betriebskosten und wir haben lange darum gerungen, was dies für ein Betrag sein soll und ob überhaupt ein Betrag gesprochen werden kann und haben uns auf diese CHF 50'000 geeinigt.

Der Standort Eichholz, warum ist dieser peripher? Es sind auch noch andere Standorte peripher. Das sind eigentlich all jene, welche ganz am Rand des Netzes sind. Diese sind peripher, auch wenn diese im überbauten, urbanen Gebiet liegen. Aber man muss dies vielleicht etwas relativieren: An wie manchem Tag im Jahr haben wir denn tatsächlich so viele Velos am Abend dort gehabt? Ich streite es nicht ab, aber der Betreiber PubliBike ist sich dessen bewusst und wird dort - das hat man uns auch angekündigt - versuchen, Anreize zu schaffen, damit sie diese nicht alle wieder auf das ganze Stadtnetz verteilen müssen.

Es gibt die Forderung, dass das Veloverleihsystem in das Grundangebot kommt. Ja, davon gehe ich auch aus. Es handelt sich hier eigentlich um so etwas wie den Moonliner. Da hat man auch lange den Fünfliber bezahlt. Wir wissen, heute ist dieser im Angebotskonzept enthalten. Wir haben jetzt eine Dauer von acht Jahren und ich wage fast die Prognose, dass es nach dieser Zeit, in das Grundangebot kommt.

Und wer weiss, wie man um jede Haltestelle oder um jeden Kurs im Angebotskonzept kämpfen muss - man muss den Nachweis erbringen, dass es diesen auch wirklich braucht - darum ist es vermutlich nicht die geschickteste Taktik, jetzt zu sagen, wir fahren mit diesen bisherigen 17 Standorten und verzichten auf die anderen. Man kann sagen, dass dies nicht die Aufgabe der öffentlichen Hand ist. Ja, es ist eine freiwillige Leistung, aber von den Kosten her: Wir wissen alle, der öffentliche Verkehr hat einen Kostendeckungsgrad von 40% im Durchschnitt. Es gibt Ausnahmen, Bernmobil ist etwas höher, dort liegen wir irgendwo bei 63%. Und der Rest wird übrigens auch aus der Steuercasse bezahlt.

Und zur Aussage, dieses Veloverleihsystem sei kein Anreiz umzusteigen: Stellt euch vor, man hatte dort bereits einen Pilotbetrieb mit einem Bus, zum Beispiel nach Bütschwil: Wenn dort eine PubliBike-Station ist, das motiviert doch jemanden das Velo zu nehmen. Er kann es in der Eichmatt abstellen und geht zum Bus. Da lässt vielleicht tatsächlich der eine oder andere das Auto zu Hause. Diese Aussage - selbstverständlich haben wir keine erhärteten Zahlen - aber genau das versuchen wir ja, dies attraktiver zu machen. Denn nur eine Station am Bahnhof, diese bringt nichts. Wenn ihr am Abend vom Bahnhof mit dem PubliBike zum Beispiel ins Papillon hoch geht und dann könnt dieses dort nirgends abstellen, dann nehmt ihr es nicht und dann nehmt ihr vielleicht auch gar nicht den ÖV.

Darum bitte ich euch wirklich, diesen Anträgen, welche hier die GLP-EVP-Mitte-Fraktion gestellt hat, nicht Folge zu leisten und dafür den Anträgen des Gemeinderates zu folgen. Selbstverständlich werden wir laufend schauen, wie diese Standorte genutzt werden. Ihr konntet es im Antrag lesen, wir haben sogar jährlich die Möglichkeit, gewisse Standorte rauszunehmen oder zu wechseln. Das werden wir machen und selbstverständlich haben wir auch eine Evaluation für die neuen Standorte gemacht. Wir hatten wesentlich mehr Standorte, welche in Frage gekommen wären und haben uns schlussendlich für diese 16 zusätzlichen entschieden. Und wir haben auch die Hoffnung, dass der eine oder andere Private oder sogar Überbauungen, einen solchen Standort finanzieren. Und da kann man sich durchaus vorstellen, dass wir dann vielleicht einen zentralen Standort am Bahnhof, sei dies in Niederscherli oder Mittelhäusern, dass wir diesen dann vielleicht finanzieren könnten.

Im Grossen und Ganzen habt ihr dieses Geschäft ja gut aufgenommen. Ich glaube, es hat niemand den Nutzen dieses Veloverleihsystems in Frage gestellt. Jetzt aber aus finanzpolitischen Überlegungen hier ein Zeichen setzen zu wollen, das kann ich zwar nachvollziehen, aber es ist vielleicht nicht am richtigen Ort. Wenn ich an die beiden Traktanden zuvor denke, da hat man gesagt, dass muss unbedingt sein und hat dies auch nicht unbedingt für nötig befunden. Und darum bitte ich euch, den Anträgen des Gemeinderates Folge zu leisten.

### **Beschluss über Abänderungsantrag a) der EVP-GLP-Mitte-Fraktion**

Das Parlament lehnt folgenden Abänderungsantrag ab:

**Streichung Basisnetz Plus:** Der Frankenbetrag in Ziffer 1 des Gemeinderatsantrags wird um 41'800 CHF pro Jahr, also um total 334'400 CHF gekürzt. Der Frankenbetrag in Ziffer 2 des Gemeinderatsantrags wird um 4'000 CHF pro Jahr, also um total 80'000 CHF gekürzt.

(Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen gegen Abänderungsantrag / 8 Stimmen für Abänderungsantrag / 8 Enthaltungen)

### **Beschluss über Abänderungsantrag b) der EVP-GLP-Mitte-Fraktion**

Das Parlament lehnt folgenden Abänderungsantrag ab:

**Streichung Station Eichholz:** Der Frankenbetrag in Ziffer 1 des Gemeinderatsantrags wird um 7'000 CHF pro Jahr, also um total 56'000 CHF gekürzt. Der Frankenbetrag in Ziffer 2 des Gemeinderatsantrags wird um 400 CHF pro Jahr, also um total 8'000 CHF gekürzt.

(Abstimmungsergebnis: 22 Stimmen gegen Abänderungsantrag / 10 Stimmen für Abänderungsantrag / 4 Enthaltungen)

### **Beschluss über Schlussabstimmung über den Antrag des Gemeinderats (Ziffern 1 und 2)**

Das Parlament stimmt den Ziffern 1 und 2 des Antrags des Gemeinderats zu:

1. Für das Regionale Veloverleihsystem 2026-2033, Betrieb, wird ein Verpflichtungskredit von total CHF 827'600 (inkl. MWST, zuzüglich allfälliger Teuerung) anteilmässig verteilt auf die Jahre 2026-2033 zu Lasten der Erfolgsrechnung Konto 2440.3635.10, Veloverleihsystem Beitrag an Betrieb Stationen bewilligt.
2. Für das Regionale Veloverleihsystem 2026-2033, Ausrüstung Stationen, wird ein Verpflichtungskredit von total CHF 346'700 (inkl. MWST, zuzüglich allfälliger Teuerung) zu Lasten der Investitionsrechnung Konto 2440.5010.2431, Regionales Veloverleihsystem; Infrastruktur Velostationen bewilligt.

(Abstimmungsergebnis: 29 Stimmen dafür / 4 Stimmen dagegen / 3 Enthaltungen)

PAR 2024/106

### **Verschiedenes**

Folgende Vorstösse werden eingereicht:

V2412 Interpellation (SVP-Fraktion) "IT-Infrastruktur an Könizer Schulen"

V2413 Anfrage (Casimir von Arx und Reto Zbinden) "Die Labels der Gemeinde Köniz"

V2414 Motion (Grüne/Junge Grüne, EVP-GLP-Mitte, SP/JUSO) "Köniz heizt erneuerbar"

### **Diskussion**

**Casimir von Arx; GLP:** Ihr habt auf euren Tischen ein Couvert gefunden: Ich will euch gerne zu einer Feier einladen und zwar ziemlich genau in zwei Monaten. Meine Partei, meine Fraktion und das Organisationskomitee freuen uns sehr, wenn ihr euch möglichst zahlreich anmeldet, teilnehmt und wir euch verpflegen und unterhalten können resp. ihr vielleicht auch uns unterhalten werdet.

Ich habe noch einen organisatorischen Hinweis: Wenn ihr das Couvert bereits geöffnet habt, dann habt ihr das Bild gesehen. Dies ist also nicht eine Aufforderung, dass der Dresscode wie in einem Roman von Alexandre Dumas sein muss - es ist freiwillig möglich, aber nicht so vorgeschrieben.

**Christina Aebischer, Grüne:** Ich hätte eine Frage an den Gemeinderat und möchte in diesem Zusammenhang zuerst den zwei verbleibenden Gemeinderäten danken, dass sie noch hier sind und diese Frage mitnehmen können. Und zwar geht es um Folgendes: Wir haben hier am 19.08.2024 den Kredit zur Projektierung Lerbermatt Sportplatz gesprochen und in diesem Geschäft war angekündigt, dass das Ausführungsprojekt im Oktober 2024 ins Parlament kommen wird, mit Ausblick Bauausführung April 2025. Jetzt ist dieser Oktober durch, der November durch und in der Traktandenliste vom Dezember ist das Geschäft auch nicht. Ich wäre froh, wenn das Parlament im Dezember darüber informiert werden könnte, wo dieses Projekt steht. Danke.

**Lukas Erni, Grüne:** Ich habe nur eine Bitte an den Gemeinderat und an die Verwaltung: Bei den Parlamentsunterlagen, welche wir zugeschickt erhalten, sind die Grafiken immer wieder schlecht aufgelöst und man kann es beinahe nicht lesen. Ich wäre froh, wenn die Verwaltung und der Gemeinderat, bevor sie es raufladen, schnell schauen könnten, dass diese Grafiken gut lesbar sind. Ich vermute das hat etwas mit dem Komprimieren zu tun. Dann würde sich das Rückfragen jeweils erledigen.

**Parlamentspräsidentin Arlette Münger:** Dann habe ich noch eine Mitteilung: Wir haben euch heute schriftlich darüber informiert, dass das Parlamentsbüro dem Antrag des Gemeinderates für die Verlängerung der Erfüllungsfrist der Motion V2206 "Erfolgsmodell Ganztagesesshulen auf weitere Schulstandorte ausdehnen" bis am 1. September 2026 zugestimmt hat. Die nächste Parlamentssitzung findet am 2. Dezember statt, ich wünsche euch einen schönen Abend und tragt euch Sorge beim Heimkommen.

#### Im Namen des Parlaments

Arlette Münger  
Parlamentspräsidentin

Chantal Fuchs  
Leiterin Fachstelle Parlament